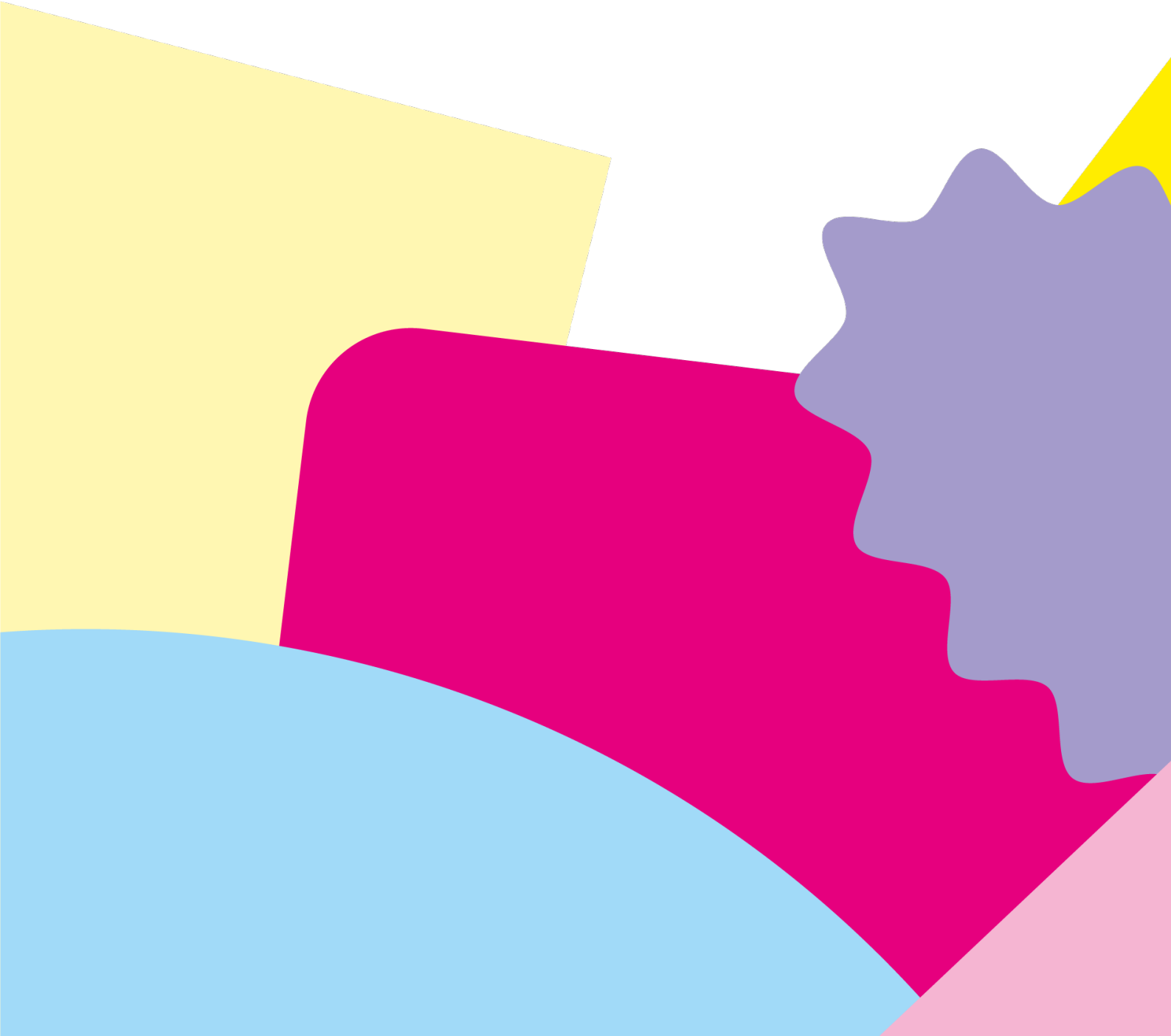




Antragsbuch

1. Landeskongress 2024



DIE TAGESORDNUNG ZUM 1. Landeskongress 2024

Als Tagesordnung schlägt der Landesvorstand vor:

FREITAG, 1. März 2024

Beginn des Kongresses um 18 Uhr

TOP 01: Eröffnung und Begrüßung durch den Landesvorstand

TOP 02: Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

TOP 03: Wahl eines Tagungspräsidiums

TOP 04: Genehmigung der Tagesordnung

TOP 05: Wahl einer Zählkommission

TOP 06: Berichte

- a) der Landesvorsitzenden
- b) des Landesschatzmeisters
- c) der Kassenprüfer
- d) der Ombudsmitgliedern

TOP 07: Aussprache

TOP 08: Entlastung des Schatzmeister

TOP 09: Entlastung des Landesvorstandes

TOP 10: Wahlen zum Landesvorstand

- a) Wahl eines Landesvorsitzenden (m/w/d)
- b) Wahl von drei stellvertretenden Landesvorsitzenden (m/w/d)
- c) Wahl eines Landesschatzmeisters (m/w/d)
- d) Wahl von bis zu sieben weiteren Mitgliedern des Landesvorstandes (m/w/d)

TOP 11: Wahl mindestens einer und höchstens zweier Ombudspersonen

TOP 12: Wahl von Landeskassenprüfern (m/w/d)

Unterbrechung des Kongresses gegen 22 Uhr

SAMSTAG, 2. März 2024

Fortsetzung des Kongresses um 10 Uhr

TOP 13: Wahl von Kandidaten zum Bundesvorstand (m/w/d)

TOP 14: Grußworte

TOP 15: Evtl. Anträge zur Änderung der Landessatzung

TOP 16: Antragsberatung

TOP 17: Schlusswort des/der Landesvorsitzenden gegen 18 Uhr

Ende des Kongresses

Bitte beachte, dass wir pünktlich anfangen werden, damit wir einen reibungslosen Ablauf garantieren und eine umfassende Antragsberatung ermöglichen können.

Kongressleitfaden

Der Landeskongress (kurz: LaKo) ist das höchste Beschlussorgan der Jungen Liberalen Berlin. Er tritt normalerweise dreimal im Jahr zusammen, unter anderem, um gemeinsam Anträge zu beraten und den Landesvorstand zu wählen. Antrags- und stimmberechtigt sowie redeberechtigt sind alle Mitglieder der JuLis Berlin - deshalb trau dich und melde dich für einen Wortbeitrag! Insbesondere Neumitglieder werden bei uns immer gerne gesehen und wir wollen euch explizit ermutigen, in die Debatten einzusteigen.

Anträge

Anträge konnten im Vorfeld des Landeskongresses online eingereicht werden. Die Reihenfolge, in der diese behandelt werden, wird in einer Umfrage, an der alle Berliner JuLis teilnehmen können, vor dem Kongress festgelegt (Alex-Müller-Verfahren). Satzungs- und Geschäftsordnungsänderungsanträge werden allerdings immer zuerst behandelt. Die Antragsberatung findet in drei Lesungen statt: Zu Beginn der ersten Lesung begründet der Antragsteller seinen Antrag. Daraufhin findet eine Generaldebatte statt, in der sich die Teilnehmer allgemein zu diesem äußern können. In der zweiten Lesung können Änderungsanträge zu einzelnen Textpassagen gestellt werden. Es ist möglich, diese zu streichen, durch einen anderen Text zu ersetzen, oder neuen Text hinzuzufügen. Die Änderungsanträge werden der Reihe nach aufgerufen und müssen von deren Antragsteller begründet werden, woraufhin eine Debatte über sie stattfindet. Daraufhin wird einzeln über sie abgestimmt, wenn sie nicht vom Antragsteller des Gesamtantrages übernommen wurden. Abstimmungen erfolgen in der Regel durch das Heben der Stimmkarte, seltener auch schriftlich. Wurden alle Änderungsanträge behandelt, wird in die dritte Lesung übergegangen, in der nochmal eine kurze Debatte stattfinden kann. Darauf folgt die Schlussabstimmung: Die Annahme eines Antrags erfordert eine einfache Mehrheit, bei Satzungsänderungsanträgen eine Zweidrittelmehrheit.

Wahlen

Der Landeskongress wählt u.a. den Landesvorstand, die Delegierten für den Bundeskongress, einen JuLis-Vertreter für den Landesvorstand der FDP Berlin und gegebenenfalls einen Berliner Kandidaten für den Bundesvorstand. Wählbar ist dabei jedes Mitglied und jeder Kandidat hat das Recht auf Vorstellung. Wahlen finden schriftlich, also geheim, statt.

Wortbeiträge

Grundsätzlich spricht bei Landeskongressen nur derjenige, der gerade am Rednerpult steht. Wenn du dich zu einem Antrag äußern möchtest, dann meldest du dich ganz einfach beim Tagungspräsidium. Die jeweiligen Redner werden daraufhin der Reihe nach aufgerufen. Bei Änderungsanträgen verwenden wir regelmäßig ein System, bei dem es zwei Rednerlisten gibt: Eine Pro-Liste mit Personen, die für den Antrag reden möchten, sowie eine Contra-Liste mit Leuten, die dagegensprechen wollen. Diese werden dann abwechselnd aufgerufen, um die Debatten ausgewogener und fairer zu gestalten. Um auf eine der Rednerlisten zu kommen, meldest du dich dann einfach mit „Daumen hoch“ (Pro) oder „Daumen runter“ (Contra).

Zwischenfragen

Während eine Person redet, gibt es für alle anderen Teilnehmer die Möglichkeit, inhaltliche Zwischenfragen zu stellen. Jedoch sollte man nicht einfach reinrufen: Stattdessen zeigst du an, dass du eine Zwischenfrage stellen möchtest, indem du deine Hände über dem Kopf zusammenführst. Das Tagungspräsidium wird daraufhin den Redner am Ende seines nächsten Satzes fragen, ob er die Frage zulassen möchte. Tut er dies, darfst du ihn eine kurze Frage stellen, die er daraufhin beantworten kann. Lehnt er es ab, musst du dich ggfs. auf die Rednerliste stellen, um die Frage doch noch loszuwerden. Wichtig: Bei Zwischenfragen geht es wirklich nur darum, inhaltliche Verständnisfragen zu klären und nicht, neue (Gegen-)Argumente vorzubringen. Zudem sind Zwiegespräche verboten, das heißt, man darf auf die Antwort des Redners nicht mit einem weiteren Wortbeitrag erwidern. Wenn du den Bedarf dazu siehst, melde dich doch einfach für einen Redebeitrag.

Geschäftsordnungsanträge

Geschäftsordnungsanträge (kurz: GO-Anträge) sind Anträge zum Verfahren bzw. Ablauf des Kongresses – ihr findet eine Liste der GO-Anträge in der Geschäftsordnung des BuKos unter julis.de. Jeder Teilnehmer kann einen GO-Antrag stellen – dies wird angezeigt durch das Ausstrecken beider Arme. GO-Anträge genießen Priorität vor anderen Anträgen und werden zum nächsten möglichen Zeitpunkt aufgerufen, jedoch frühestens am Ende des derzeitigen Redebeitrags (um den Redner nicht zu unterbrechen). Wird der GO-Antrag aufgerufen, hat der Antragssteller die Möglichkeit zu einer kurzen Begründung. Daraufhin wird vom Präsidium nach einer Gegenrede gefragt – erhebt sich diese nicht, gilt der Antrag angenommen, andernfalls wird über ihn abgestimmt.

Awareness-Leitfaden

Liebe JuLis, mit dem nächsten Landeskongress steht auch die nächste legendäre LaKo-Party an. Damit die Party auch allen Spaß macht, möchten wir auf einige wichtige Punkte hinweisen. Von nun haben wir auf all unseren Partys **vier Vertrauenspersonen**, an die ihr Euch wenden könnt. Die Vertrauenspersonen werden vom Landesvorstand sorgfältig ausgewählt. Sie zeichnen sich durch ihre langjährige Erfahrung im Verband aus und werden alles daran- setzen, Eure Probleme diskret zu lösen. Die **Vertrauenspersonen werden auf jedem Landeskongress vorgestellt**. Sie sind zu jeder Zeit telefonisch und persönlich erreichbar.

Grenzüberschreitendes Verhalten

Wenn ihr mitbekommt, dass:

- jemand stark alkoholisiert ist und auf Grund dessen Hilfe benötigt,
- jemand auf Grund von starkem Alkoholkonsum oder anderweitigen Substanzen die negativen Konsequenzen seines/ihrer Handelns nicht mehr einschätzen kann,
- jemand die Annäherungsversuche einer Person als unangenehm empfindet,
- jemand die Berührung eines anderen als unangenehm und/oder unangemessen empfindet,
- es einen konkreten Fall gibt, der unter die genannten Grenzüberschreitungen fällt oder eurem Ermessen nach grenzüberschreitend ist, dann

solltet ihr Euch an die Vertrauensperson wenden.

Solltet Ihr zudem mitbekommen, dass jemand auf Grund seiner/ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung, finanziellen Lage, religiösen Überzeugung oder seines/ihrer Geschlechts diskriminiert wird, dann meldet auch dies der Vertrauensperson. Wir freuen uns auf eine gelungene LaKo-Party ohne Zwischenfälle, die wir alle noch lange in guter Erinnerung behalten werden.

Euer Landesvorstand

Rechenschaftsbericht der Ombudspersonen der Jungen Liberalen Berlin für das Amtsjahr 2023/24

Liebe JuLis,

vor einem Jahr habt ihr Evelyn und vor vier Jahren Robert zum ersten Mal euer Vertrauen geschenkt. Dafür bedanken wir uns selbstverständlich noch einmal herzlich.



Insgesamt schauen wir aus ombudstechnischer Sicht auf ein ruhiges Jahr zurück. Kleinere Probleme tauchten zwar auch in diesem Jahr auf, konnten von uns aber stets zur Zufriedenheit aller in kleinem Kreis geklärt werden. Wir möchten noch einmal darum bitten, dass alle auf ihr Alkohollimit achten und nötige Arrangements bezüglich des Abends zuvor im nüchternen Zustand getroffen werden sollten.

Insbesondere gilt das für Gäste. Wenn ihr Freunde mitbringt: Bitte sorgt dafür, dass diese sich auch an die Regeln des Miteinanders halten. Gäste und Verbandsfremde müssen sich vor ihrer Teilnahme an der LaKo-Party beim Landesvorstand anmelden. Ungern sähen wir uns erneut dazu genötigt, Gäste auszuladen. Wir bedanken uns an dieser Stelle noch einmal für das Vertrauen aller, die sich an uns gewandt haben. Ebenfalls danken wir allen Vertrauenspersonen für ihr Engagement.



Zusätzlich zur Befriedung sozialer Probleme sind wir als Ombudspersonen ebenfalls dafür zuständig, die Einhaltung der Beschlusslage durch den Landesvorstand zu überprüfen. Seit dem letzten Landeskongress hat dieser die Beschlusslagen vollständig eingehalten. Anderslautendes oder sonstige Beschwerden haben uns nicht erreicht.

Abschließend möchten wir uns herzlich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern des Landesvorstands und den Bezirksvorsitzenden bedanken. Für Robert geht es nach dem Masterabschluss nun im Referendariat beruflich los, wobei ihm alles Gute zu wünschen ist.

Deshalb wird er nach vier Jahren nicht erneut für den Posten einer der Ombudsperson kandidieren. Auch in der nächsten Legislatur würde Evelyn sich gerne erneut für die Belange der Mitglieder und des Landesvorstands einsetzen, kandidiert daher erneut für die Position einer der Ombudspersonen und würde sich daher sehr über euer Vertrauen und eure Stimme freuen.

Eure Evelyn und Euer Robert

Anträge

Inhaltsverzeichnis

L - Leitantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
L01	Eine humanitäre und ehrliche Flüchtlingspolitik – Für ein Ende der Scheinheiligkeit Landesvorstand Berlin	47

A - Sachantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A01	Retten wir die Steuergelder – Baustopp an der Einheitswippe Bezirksverband Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf	4
A02	Der digitale Euro – keine programmierte Freiheit Bezirksverband Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf	5
A03	Mit KI aus dem Verwaltungschaos Bezirksverband Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf	6
A04	Hass ist keine Meinung LAK Inneres und liberale Gesellschaft	7
A05	Ampel abschalten, Neuwahlen einleiten! Marl Joos	9
A06	Effektive Antisemitismus-Bekämpfung durch Taten statt Cancel Culture Marl Joos	10
A07	Für ein modernes und leistungsstarkes Gesundheitswesen: Strukturreformen im deutschen Gesundheitssystem Henry Erdlei	12
A08	Vertrauen in die Demokratie stärken - Reform der Wahlprüfung! Bezirksverband Reinickendorf	13
A09	Kein Platz für Antisemitismus an berliner Hochschulen! Bezirksverband Reinickendorf	14
A10	Zwischen Morgen- und Abendland: Der Nahostkonflikt an Berliner Schulen Bezirksverband Reinickendorf	15
A11	Gastronomie muss bezahlbar bleiben! Bezirksverband Reinickendorf	16
A12	Antisemitismus im Keim ersticken, Israelhass entschieden bekämpfen, Jüdinnen und Juden schützen LAK Außenpolitik	17
A13	Deutsch-Französische Freundschaft stärken, französische Geschichte im Berliner Stadtbild deutlich sichtbar machen LAK Außenpolitik	19
A14	Die liberale Demokratie ist kein Ponyhof – Andersdenkende ertragen und mit Argumenten verjagen! Marl Joos	20
A15	Enteignungs-Fetisch stoppen – Art 15 und Art 14 Abs 3 GG streichen! Bezirksverband Pankow	21
A16	frei, freier, Sexarbeit! Bezirksverband Mitte	22
A17	Den Ideenwettbewerb zwischen Museen erhalten Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf	24
A18	Ich geh mit meiner Laterne LAK Inneres und liberale Gesellschaft	25
A19	Liberté, Égalité, FCKAfD - Weil Kommunikation mehr hilft als ein Verbot Bezirksverband Mitte	26
A20	Privat vor Staat - auch bei der Krankenkasse Alexander Kobuss	28

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A21	Finger weg von Kleinanlegern – Vorabpauschale abschaffen! Bezirksverband Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln	31
A22	7 Punkte, um den politischen Islam zu stoppen Bezirksverband Reinickendorf	32
A23	Hass macht hässlich - Die offene Gesellschaft wirksam verteidigen Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg	34
A24	Gesundheitsversorgung auf nachhaltige Füße stellen Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg	38
A25	Freie Verträge für freie Mittelständler Julien Herrmann	41
A26	Sommermärchen 2.0 – Berlin EURO-fit machen Julien Herrmann	42
A27	TikTokTot Moritz Wimmer, Tobias Bergmann, Sören Grawert	45

Antrag A01: Retten wir die Steuergelder – Baustopp an der Einheitswippe

Antragsteller*in:	Bezirksverband Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Retten wir die Steuergelder – Baustopp an der Einheitswippe**
- 2 Das Freiheits- und Einheitsdenkmal auf der Berliner Museumsinsel zeichnet sich durch
- 3 stetig steigende Kosten, bemerkenswert langsamen Baufortschritt und erhebliche
- 4 Komplikationen am Bau aus. Ein Zusammenhang zwischen der optischen Gestaltung des
- 5 projektierten Denkmals und Konzepten wie Freiheit, Demokratie und Einheit, die es
- 6 symbolisieren soll, lässt sich nur schwer konstruieren. Zugleich spricht sich die
- 7 Mehrheit der Bevölkerung gegen die Realisierung des Denkmals aus.
- 8 Die Jungen Liberalen Berlin fordern daher, die Bauarbeiten am Freiheits- und
- 9 Einheitsdenkmal auf der Museumsinsel zu beenden. Die SenStadt soll erarbeiten, wie
- 10 möglichst kosteneffizient mit den bereits realisierten Bauabschnitten umgegangen
- 11 werden kann. Wir fordern die FDP-Bundestagsfraktion auf, sich für einen
- 12 entsprechenden Beschluss des Deutschen Bundestages einzusetzen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A02: Der digitale Euro – keine programmierte Freiheit

Antragsteller*in:	Bezirksverband Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Der digitale Euro – keine programmierte Freiheit**
- 2 Die Jungen Liberalen Berlin lehnen die von der EU geplante Einführung eines digitalen
- 3 Euros ab.
- 4 Hohe technische und regulatorische Standards, wie von der FDP-Bundestagsfraktion
- 5 gefordert, können zwar einstweilig verhindern, dass von staatlicher Seite in den
- 6 Zahlungsverkehr eingegriffen wird oder sensible Daten der Bürgerinnen und Bürger
- 7 gesammelt werden; dennoch wird dadurch das Missbrauchspotential des digitalen Euros
- 8 nicht nachhaltig beseitigt. Vor dem Hintergrund auch in der EU erstarkender
- 9 antidemokratischer Kräfte halten wir es für fatal, mit dem digitalen Euro ein
- 10 Instrument zu schaffen, das potentiell die Anonymität und Freiheit des
- 11 Zahlungsverkehrs gefährden kann – schließlich können technische Beschränkungen
- 12 umgangen und regulatorische Hürden ausgesetzt werden.
- 13 Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Bargeld als sichere und anonyme
- 14 Zahlungsmethode weiterhin erhalten bleibt, sehen wir in der Einführung einer
- 15 digitalen Ergänzung keinen Mehrwert.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A03: Mit KI aus dem Verwaltungschaos

Antragsteller*in:	Bezirksverband Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Mit KI aus dem Verwaltungschaos**
- 2 Die Jungen Liberalen Lichtenberg-Marzahn-Hellersdorf fordern die Entwicklung und
- 3 Implementierung einer KI-Strategie für den Öffentlichen Dienst durch das ITDZ. Dabei
- 4 soll die Einsparung finanzieller und personeller Ressourcen in der öffentlichen
- 5 Verwaltung im Fokus stehen. Weiterhin soll das ITDZ prüfen, wie Künstliche
- 6 Intelligenz eingesetzt werden kann, um Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger zu
- 7 automatisieren.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A04: Hass ist keine Meinung

Antragsteller*in:	LAK Inneres und liberale Gesellschaft
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

1 Selbst heute noch ist es schwierig bestehendes Recht im digitalen Raum anzuwenden.
2 Beleidigungen, Gewaltdrohungen und Belästigungen bleiben in der Regel folgenlos und
3 in den selten Fällen, in denen gegen diese vorgegangen wird, geht dies meist auf das
4 Engagement von den Betroffenen und NGOs zurück. Um diesem entgegen zu treten, fordern
5 wir Junge Liberale Berlin:

6

7 1. Straftaten verhindern

8 Social Media Plattformen sollen verpflichtet sein, User bei möglichen strafbaren
9 öffentlichen Inhalten (Beleidigungen, Verleumdungen, Hetze) über ihre potenzielle
10 Strafbarkeit samt Gesetzesgrundlage zu informieren. Ein unabhängiges Gremium soll
11 kontinuierlich über die Auslegung von Inhalten als Beleidigung und Verleumdung
12 beraten und eine verbindliche transparente Liste festzulegen.

13

14 2. Einfache digitale Anzeigen

15 Die Anzeige solcher Straftaten muss so einfach wie möglich gehalten werden, gerade,
16 da es sich um digitale Delikte handelt, sollte es möglich sein, eine Anzeige mit
17 Screenshots und einem Link.

18

19 3. Schwerpunkt Cybersicherheit

20 Sowohl bei der Staatsanwaltschaft als auch bei den Polizeibehörden sollte eine
21 Abteilung gebildet werden, die sich darauf spezialisiert solche Delikte zu verfolgen.
22 Damit es zu keiner Überlastung der Strafverfolgungsbehörden kommt, sollen mehr Mittel
23 bereitgestellt werden.

24

25 4. Inpflichtnahme der Anbieter

26 Wir sehen aber nicht nur den Staat in der Pflicht hier zu handeln, sondern auch die
27 Social Media Plattformen, auf denen diese Straftaten begangen werden. Aufgrund der
28 Schwierigkeiten die Täter in manchen Fällen zu ermitteln, muss zumindest gegen die
29 Straftaten selbst effektiv eingegriffen werden. Daher sollen Anbieter verpflichtet
30 werden regelmäßig auffällige anonyme Profile zu überprüfen, indem deren Kommentare
31 oder andere Aktivitäten durch einen Algorithmus auf Beleidigungen geprüft werden.
32 Bestehen über 80 Prozent der Aktivität aus Beleidigungen, so sollen die Profile
33 vorläufig gesperrt und vom Support-Team überprüft werden. Sollte sich dann der
34 Eindruck bestätigen, soll die Sperrung endgültig und die Löschung der Kommentare
35 erfolgen. Neben kriminellen Handlungen ist auch die Verbreitung von
36 Falschinformationen und demokratie- sowie menschenfeindlichen Weltbildern

37 problematisch. Daher fordern wir:

38

39 1. Kritische Flags

40 Insofern die Social Media Plattform es erlaubt, dass Inhalte von Usern empfohlen
41 werden können, so soll es die Möglichkeit geben als User den Inhalt an derer
42 mitbestimmten Flags zu bewerten (z. B. „Homophob“, „Frauenverachtend“ oder
43 „Desinformation“). Ähnlich wie Likes soll diese schlichtgezählt und angezeigt werden.

44

45 2. Einbeziehung der Flags

46 Wenn ein Inhalt eine bestimmte Zahl für eine Flag oder mehrere überschreitet, so soll
47 dies negativ von einem Empfehlungsalgorithmus berücksichtigt werden. Der Ersteller
48 des Inhalts soll darüber informiert werden und eine Möglichkeit haben gegen
49 falschgesetzte Flags vorzugehen. Der Inhalt ist aber selbst beim Scheitern des
50 Widerspruchs stets verfügbar, wird aber seltener bis gar nicht mehr empfohlen, sodass
51 User konkret nach solchen Inhalten suchen müssen, um sie zu konsumieren.

Antrag A05: Ampel abschalten, Neuwahlen einleiten!

Antragsteller*in:	Marl Joos
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen Berlin sind überzeugt, dass die FDP-Bundestagsfraktion dem
- 2 politischen Liberalismus in Deutschland einen schwerwiegenden und nachhaltigen
- 3 Schaden zugefügt hat.
- 4 Mit dem Verfassungsbruch durch den Beschluss des Zweiten Nachtragshaushaltsgesetz
- 5 2021, welches durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig und nicht
- 6 erklärt wurde, wurde eine rote Linie überschritten, die von jedem gerecht denkenden,
- 7 mündigen und freiheitlich gesinnten Bürger nicht akzeptiert werden darf.
- 8 Nicht nur zeugt der begangene Verfassungsbruch, der billigend in Kauf genommen wurde,
- 9 von einer grundsätzlichen Verachtung gegenüber den grundlegenden Spielregeln der
- 10 Demokratie, ebenso zeugen die chaotisch beschlossenen Sparmaßnahmen gegenüber Bauern
- 11 von einer Verachtung von Leistungsträgern. Aus diesem Grund waren die gewaltigen
- 12 Demonstrationen der Bauern und anderen Leistungsträgern gerechtfertigt.
- 13 Die Jungen Liberalen Berlin verurteilen den begangenen Verfassungsbruch der Ampel-
- 14 Koalition und ihren Unterstützern im Bundestag sowie die schlechte Regierungsführung
- 15 auf das Schärfste und fordern daher Neuwahlen.

Antrag A06: Effektive Antisemitismus-Bekämpfung durch Taten statt Cancel Culture

Antragsteller*in:	Marl Joos
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Durch den Terrorangriff der Hamas auf Israel 2023 hat sich die Kultivierung
- 2 judenfeindlicher Einstellung weiter verstärkt. Nicht nur drückt sich dieser in der
- 3 offenen Billigung von Massenmorden, Beschmierung von Wänden durch David-Sterne,
- 4 Hakenkreuze oder Schriftzüge wie „Kill Juden“, sondern auch durch brutale
- 5 Körperverletzungen in Deutschland gegen Juden aus. Dies verstärkt berechtigterweise
- 6 Ängste von Juden und beschneidet sie in ihrem Recht auf Sicherheit und
- 7 Religionsfreiheit.
- 8 Die Jungen Liberalen Berlin sind überzeugt, dass grundsätzlich alle Menschen,
- 9 unabhängig davon, welche religiösen Kleidungsstücke sie tragen und wo sie sich in
- 10 Deutschland aufhalten, ein gleich hohes Sicherheitsniveau beanspruchen dürfen. Gilt
- 11 dies für bestimmte Personengruppen wie z. B. Juden nicht, so ist der Staat in der
- 12 Pflicht, dieses herzustellen.
- 13 Die deutsche Politik zeigt sich angesichts dieser überwiegend eingewanderten
- 14 Judenfeindlichkeit als völlig hilflos, eingeschüchtert und überfordert. Ihre
- 15 Strategie besteht aus der Äußerung von Lippenbekenntnissen, Solidaritätsbekundungen,
- 16 Aufrufe zu Demonstrationsverboten und der Durchsetzung möglichst vager
- 17 Antisemitismusdefinitionen, um missliebige Meinungen und Personen zu diffamieren und
- 18 damit mögliche fruchtbare Debatten zu verhindern. Die tatsächliche Sicherheit von
- 19 Juden wird dadurch nicht erhöht und die Radikalisierung gewaltbereiter Antisemiten
- 20 schreitet damit im gesellschaftlichen Abseits voran.
- 21 Die Jungen Liberalen Berlin verurteilen die weitere Verbreitung des pauschalen Hasses
- 22 und Gewalt gegenüber Juden. Gleichwohl erkennen die Jungen Liberalen Berlin an, dass
- 23 eine wirksame Antisemitismus-Bekämpfung nur möglich sein kann, wenn offen ohne
- 24 Denkverbote über die Ursachen von Antisemitismus und ohne der Ausgrenzung relevanter
- 25 Akteure und ihrer Sichtweisen debattiert wird. Die Jungen Liberalen Berlin ruft daher
- 26 zur Bekämpfung des Antisemitismus zu einer Strategie aus repressiven und
- 27 aufklärerischen Mitteln auf, und verpflichtet sich, als gutes Vorbild voranzugehen.

28 **Einsatz von verdeckten Ermittlern zur Identifikation und** 29 **Bestrafung von gewaltbereiten Judenfeinden**

- 30 Die Jungen Liberalen Berlin fordern den Einsatz von verdeckten Ermittlern in
- 31 judenfeindlichkeits-belasteten Orten wie Berlin-Neukölln. Diese sollen unter
- 32 Bekleidung durch jüdisch-religiöse Symbole das objektive Sicherheitsniveau für Juden
- 33 feststellen und bei Angriffen sofort Strafverfolgungsmaßnahmen einleiten. Damit soll
- 34 gewaltbereiten Judenfeinden signalisiert werden, dass Angriffe auf Juden mit hoher
- 35 Wahrscheinlichkeit mit Konsequenzen zu bezahlen sind.

36 **Demonstrationen in judenfeindlichkeits-belasteten Orten**

37 Die immer wiederkehrenden Demonstrationen zur Solidaritätsbekundungen für Israel oder
38 Juden sind gut gemeint, doch sind sie weder Zeichen wahrhaftigen Mutes noch von
39 echter Solidarität, weil sie typischerweise an Orten wie vor dem Brandburger Tor
40 stattfinden, indem nicht mit Gegenwind gerechnet werden muss. So verkommen solche
41 Demonstrationen zu Veranstaltungen der Tugendsignalisierung.
42 Der Landesvorstand der Jungen Liberalen Berlin verpflichtet sich daher zur
43 Organisation einer jährlichen Demonstration gegen Antisemitismus in
44 judenfeindlichkeits-belasteten Orten wie Berlin-Neukölln.

45 **Friedlicher Meinungskampf und gehobene Debattenkultur** 46 **statt einseitige Lagerkämpfe**

47 Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel 2023 trug zur Verstärkung der Lagerbildung in
48 Bezug auf den Nahostkonflikt und einer Entwertung der Debattenkultur bei. Menschen
49 beleidigen sich zu dem Thema auf übelste Weise und vertrauen auf einseitige
50 Informationsquellen. Ehrliche Diskussionen auf Basis von Fakten und Argumenten finden
51 praktisch nicht statt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat in Bezug auf seinen
52 Auftrag nach Förderung der internationalen Verständigung, des gesellschaftlichen
53 Zusammenhalts und des gesellschaftlichen Diskurses gänzlich versagt.
54 Der Landesvorstand der Jungen Liberalen Berlin verpflichtet sich daher zur
55 Organisation einer regelmäßigen, öffentlich zugänglichen Diskussionsrunde unter
56 Einbezug relevanter nicht-staatlicher, pro-israelischer und pro-palästinensischer
57 Akteure der Zivilgesellschaft.

Antrag A07: Für ein modernes und leistungsstarkes Gesundheitswesen: Strukturreformen im deutschen Gesundheitssystem

Antragsteller*in:	Henry Erdlei
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

1 placeholder

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A08: Vertrauen in die Demokratie stärken - Reform der Wahlprüfung!

Antragsteller*in:	Bezirksverband Reinickendorf
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Im Zuge der Skandal-Wahl im September 2021 hat sich herauskristallisiert, dass das
- 2 aktuelle Verfahren zur Wahlprüfung der Bundestagswahl nicht geeignet ist, in
- 3 befriedigender Zeit eine abschließende Lösung zu produzieren. So kommt es erst nach
- 4 gut zweieinhalb Jahren zur teilweisen Wahlwiederholung im Land Berlin – dies unter
- 5 gänzlich anderen politischen Vorzeichen als zum ursprünglichen Wahltermin. Dem Bürger
- 6 ist das nicht zu vermitteln und nicht zuzumuten.
- 7 Das aktuelle zweistufige Verfahren der Wahlprüfung - zunächst prüft der Bundestag
- 8 selbst auf Wahlfehler, sodann besteht die Möglichkeit der Beschwerde gegen den
- 9 Beschluss des Bundestags zum Bundesverfassungsgericht - hat sich aufgrund des langen
- 10 Zeitablaufs als nicht tauglich erwiesen, das Vertrauen der Wähler in die Integrität
- 11 des Wahlprozesses wiederherzustellen. Im Übrigen muss es befremden, wenn die
- 12 Bundestagsabgeordneten selbst über Mandat und Diätenbezug entscheiden. Eine
- 13 unabhängige Prüfung vermag es auf diesem Weg jedenfalls nicht geben.
- 14 Daher fordern die Jungen Liberalen Reinickendorf, ein einstufiges
- 15 Wahlprüfungsverfahren einzuführen. Dafür bedarf es einer Änderung des Grundgesetzes.
- 16 Vorbild hierfür sollte - und das vermag zu erstaunen – das Land Berlin sein. Dort
- 17 entscheidet der Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin direkt über den Einspruch
- 18 gegen die Wahl. Dieses Modell soll für die Bundestagswahl übernommen werden, sodass
- 19 über Einsprüche gegen die Bundestagswahl unmittelbar das Bundesverfassungsgericht zu
- 20 urteilen hat. So hat sich durch das einstufige Verfahren bei der Wiederholungswahl
- 21 zum Abgeordnetenhaus vom 12. Februar 2023 eine Zeitersparnis von einem Jahr im
- 22 Vergleich zur Wiederholung der Bundestagswahl ergeben.
- 23 Zudem soll das Bundesverfassungsgericht dazu verpflichtet werden, Einsprüche gegen
- 24 die Bundestagswahl prioritär zu bearbeiten, um dem für die demokratische Legitimation
- 25 des Parlamentes konstitutiven Charakter des Wahlaktes Rechnung zu tragen und
- 26 möglichst gleiche Verhältnisse zwischen ursprünglicher und zu wiederholender Wahl zu
- 27 gewährleisten.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag A09: Kein Platz für Antisemitismus an berliner Hochschulen!

Antragsteller*in:	Bezirksverband Reinickendorf
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die antisemitische und antiisraelische Stimmung, insbesondere an den meist
- 2 linksgerichteten Hochschulen, nimmt immer weiter zu.
- 3 Die Hochschulen können beziehungsweise wollen häufig kaum aktiv werden, um den Schutz
- 4 der jüdischen Studenten und auch der demokratischen Grundwerte selbst
- 5 sicherzustellen. Daher fordern wir die Möglichkeit und Durchsetzung einer
- 6 Zwangsexmatrikulation im Falle der Ausübung, Androhung oder Bejubelung von Gewalt
- 7 gegen jüdisches Leben an Hochschulen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag A10: Zwischen Morgen- und Abendland: Der Nahostkonflikt an Berliner Schulen

Antragsteller*in:	Bezirksverband Reinickendorf
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Seit am 07. Oktober 2023 die Hamas Israel angegriffen hat, ist der Nahostkonflikt
- 2 auch
- 3 im Berliner Schulalltag angekommen.
- 4 Das Verhalten einiger Schülerinnen und Schüler in Berlin, die offenkundig
- 5 antisemitische
- 6 Parolen und Fakenews verbreiten, offenbart ein weiteres Versäumnis der Berliner
- 7 Bildungspolitik.
- 8 Der Nahostkonflikt als Unterrichtsgegenstand findet sich weder in den
- 9 Rahmenlehrplänen der Fächer Geschichte und Politik für die Sekundarstufe I (Kl. 7-10)
- 10 noch in dem Rahmenlehrplan Geschichte für die Sekundarstufe II (Qualifikationsphase)
- 11 wieder. Lediglich wird er im Rahmenlehrplan Politik für die Sekundarstufe II als ein
- 12 möglicher Inhalt im 4. Semester vorgeschlagen.
- 13 Daher fordern die JuLis Reinickendorf die Einbeziehung des Nahostkonfliktes in den
- 14 Berliner Lehrplan ab der Sekundarstufe I, um den Schülerinnen und Schülern die
- 15 Möglichkeit zu geben, dieses Thema im Bildungskontext faktenbasiert zu behandeln, um
- 16 ein umfassenderes Verständnis für die Hintergründe, Ursachen und Auswirkungen des
- 17 Konfliktes zu entwickeln.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag A11: Gastronomie muss bezahlbar bleiben!

Antragsteller*in:	Bezirksverband Reinickendorf
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Während der Pandemie wurde die Mehrwertsteuer in der Gastronomie aufgrund der
- 2 schwierigen Situation für Gastronomen auf 7% gesenkt. Nun plant die Bundesregierung
- 3 die ermäßigte Mehrwertsteuer wieder zu erhöhen. Wir sehen die Probleme der
- 4 Gastronomen, welche mit gestiegenen Preisen im Einkauf umgehen müssen, und auch der
- 5 Bürger, die sich immer seltener das Essen außer Haus leisten können. Damit in
- 6 Deutschland auch weiterhin ein so vielseitiges gastronomisches Angebot existieren
- 7 kann, fordern wir, die Mehrwertsteuer dauerhaft auf 7% für alle gastronomischen
- 8 Leistungen zu senken.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A12: Antisemitismus im Keim ersticken, Israelhass entschieden bekämpfen, Jüdinnen und Juden schützen

Antragsteller*in:	LAK Außenpolitik
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Antisemitismus im Keim ersticken, Israelhass entschieden bekämpfen, Jüdinnen und**
- 2 **Juden schützen**
- 3 Das Land Berlin muss Israelhass und Antisemitismus entschieden entgegenreten.
- 4 Konkret erwarten wir vom Senat, dass:
 - 5 1. Dieser alle möglichen Maßnahmen ergreift, damit Demonstrationen für die
 - 6 Solidarität mit Israel überall in der Stadt möglich und sicher sind.
 - 7 2. dieser Demonstrationen, bei denen Terrorakte wie der von der Hamas verübte,
 - 8 verharmlost oder gelobpreist werden, durch die ihm unterstellten
 - 9 Ordnungsbehörden effektiv auflöst und von Berlins Straßen verbannt.
 - 10 3. Dieser bei der Erteilung von Veranstaltungsgenehmigungen genaueste Prüfungen von
 - 11 geplanten Demonstrationen durch die zuständigen Behörden vornehmen lässt.
 - 12 4. der Polizeischutz sowie die baulichen Schutzmaßnahmen von jüdischen und
 - 13 israelischen Einrichtungen, unter Anhörung der Schutzbedürftigen, überprüft und
 - 14 ggf. verstärkt
 - 15 5. gegenüber Gruppen, bei denen es konkrete Hinweise auf antisemitische Straftaten
 - 16 gibt, Gefährderansprachen präventiv durchgeführt werden.
 - 17 6. Die Berliner Strafverfolgungsbehörden angewiesen werden, Straftatbestände mit
 - 18 antisemitischem Motiv mit einer höheren Priorität zu verfolgen als vergleichbare
 - 19 Straftaten anderer Motivation.
 - 20 7. Das Landeskriminalamt Berlin soll bereits vorhandene Strukturen zur Aufklärung
 - 21 von Straftaten im Zusammenhang mit Antisemitismus ausbauen und personell
 - 22 verstärken. Hier sollen im Rahmen der Amtshilfe alle Hinweise zu Straftaten aus
 - 23 diesem Milieu gebündelt werden. Die Erkenntnisse zu möglichen Tätern,
 - 24 insbesondere dann, wenn darauf geschlossen werden kann, dass es sich um ein
 - 25 Netzwerk handelt, sind den Strafverfolgungsbehörden des Bundes und der anderen
 - 26 Länder im Rahmen des geltenden Rechtes uneingeschränkt zur Verfügung zu stellen.
 - 27 8. Menschen, die sich durch antisemitische Handlungen hervortun
 - 28 • und sich gerade in einem laufenden Verfahren über die Erlaubnis eines
 - 29 rechtmäßigen Aufenthalts befinden, konsequent abgeschoben werden.
 - 30 • soll gegebenenfalls eine bereits erteilte Aufenthaltsgenehmigung entzogen
 - 31 werden.
 - 32 • keine Aussicht auf einen erfolgreichen Antrag auf Erlangen der deutschen
 - 33 Staatsbürgerschaft erhalten sollen.
 - 34 9. Jugendgerichten, Jugendhilfeeinrichtungen und anderen pädagogischen

- 35 Einrichtungen, die Möglichkeit zu bieten, bei Kindern und Jugendlichen, die
36 wegen antisemitischer bzw. antiisraelischer Äußerungen aufgefallen sind,
37 aufklärende Bildungsmaßnahmen
- 38 10. Antisemitismuspräventive Maßnahmen im Rahmen des staatlichen Bildungsauftrags
39 fest im Rahmenlehrplan verankert werden, beispielsweise den Besuch eines
40 ehemaligen Konzentrationslagers oder ein Zeitzeugengespräch.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A13: Deutsch-Französische Freundschaft stärken, französische Geschichte im Berliner Stadtbild deutlich sichtbar machen

Antragsteller*in:	LAK Außenpolitik
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Deutsch-Französische Freundschaft stärken, französische Geschichte im Berliner**
- 2 **Stadtbild deutlich sichtbar machen**
- 3 Die Berliner Senatskanzlei möge die Umbenennung eines öffentlichen Platzes in Berlin
- 4 nach einem französischen Widerstandskämpfer der Resistance in die Wege leiten und
- 5 durchführen.

Begründung

Die deutsch-französische Freundschaft hat den Weg für die Europäische Union in ihrer heutigen Form bereitet und war ein beispielloses Friedensprojekt nach Jahrhunderten der Erbfeindschaft.

Von 1940 bis 1944 war ein wesentlicher Teil Frankreichs von deutschen Truppen besetzt. Die historischen Umstände der Besetzung Frankreichs sowie der Resistance und anderen Freiheitskämpfern sind nur wenigen Berlinerinnen und Berlinern persönlich bekannt. Wenn man die Geschichte hierum jedoch kennt, erscheint der Wandel von der Erbfeindschaft hin zum verlässlichen „deutsch-französischen Paar“ umso erstaunlicher.

Weiterhin gibt es mittlerweile in Paris an prominenter Stelle einen „Jardin Hans et Sophie Scholl“ um das Wirken der weißen Rose, einer innerdeutschen Widerstandsgruppe, in Frankreich bekannt zu machen.

Allein der Umstand, dass es einen nach Hans und Sophie Scholl benannten Platz gibt, hat dazu geführt, dass sich Menschen in Paris mit dem, erinnerungswürdigen, Thema „weiße Rose“ beschäftigen. Sei es durch einfache Erzählungen oder auch nur durch eine kurze Internetrecherche auf dem Smartphone.

Aus ebendiesem Grund könnte die prominente Platzierung eines französischen Namens zur Völkerverständigung beitragen sowie die deutsch-französischen Beziehungen stärken und letztendlich verdienten Persönlichkeiten des Friedens und der Freiheit in Europa ein Denkmal setzen.

Antrag A14: Die liberale Demokratie ist kein Ponyhof – Andersdenkende ertragen und mit Argumenten verjagen!

Antragsteller*in:	Marl Joos
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Demonstrationen gegen rechtsradikale Bestrebungen zu Beginn des Jahres zeigen
- 2 einerseits löbliches zivilgesellschaftliches Engagement, andererseits zeigen sie
- 3 Fehlvorstellungen von der Idee der liberalen Demokratie und die Kultivierung
- 4 autoritärer Einstellungen auf. So wurde vermehrt über Parteiverbote und
- 5 Grundrechtsentzug politisch Andersdenkender diskutiert.

- 6 Die Jungen Liberalen Berlin sind überzeugt, dass eine echte liberale Demokratie nur
- 7 unter strikter Akzeptanz von Meinungspluralismus und Grundrechten erhalten werden
- 8 kann. Die Forderungen nach Parteiverboten und Grundrechtsentzug von politisch
- 9 Andersdenkenden sind nicht durch praktische oder juristische Überlegungen abzulehnen,
- 10 sondern schon aus grundsätzlich liberaldemokratischen Erwägungen. Liberale Demokratie
- 11 funktioniert nicht, wenn Menschen mit als abseitigen empfundenen Meinungen durch
- 12 maßgeschneiderte Gesetze um ihre elementaren Grundrechte beraubt werden, sondern nur
- 13 durch eine faire und geistig-inhaltliche Auseinandersetzung mit Argumenten.

- 14 Die Jungen Liberalen Berlin verurteilen daher jegliche Forderungen nach
- 15 Parteiverboten und Grundrechtsentzug politisch Andersdenkender und fordern daher die
- 16 Zivilgesellschaft dazu auf, den Kampf um die besten Ideen, Weltanschauungen und
- 17 Ansichten mit Argumenten statt durch Ausgrenzung zu führen.

Antrag A15: Enteignungs-Fetisch stoppen – Art 15 und Art 14 Abs 3 GG streichen!

Antragsteller*in:	Bezirksverband Pankow
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen Berlin fordern die Artikel 15 und Artikel 14 Absatz 3 des 3
- 2 Grundgesetzes ersatzlos zu streichen.

Begründung

Der Schutz von Eigentum hat Verfassungsrang. Dennoch sieht das Grundgesetz eine unmittelbare Beschneidung des Eigentumsschutzes vor. Auf Basis eines Gesetzes darf nach Art. 14 Absatz 3, bzw. Art. 15, eine Enteignung im Interesse der Allgemeinheit gegen eine Entschädigung vorgenommen werden. Auch wenn dieser Mechanismus bis dato zumeist für kleine Vorgänge verwendet wurde, wie die Enteignung privater Grundstücke zum Bau von Straßen, Bahntrassen oder Kohletagebaue, stellt sie einen empfindlichen Eingriff des Staates in die persönliche Souveränität der Bürgerinnen und Bürger dar. Nicht zuletzt beim Berliner Volksentscheid „Deutsche Wohnen enteignen“ 2021 zeigte sich, dass die bloße Existenz dieses Instruments, gefährliche politische Phantasien zur Folge haben kann. Durch die fortlaufende Enteignungsdebatte sind Eigentümer verunsichert und halten Investitionen zurück. Anstatt weiterhin linkssozialistischen Ideen Nährboden zu bereiten, sollte sich der Staat gänzlich dem Schutz des privaten Eigentums verschreiben. Für die oben genannten „kleinen“ Fälle des Art. 14(3), bzw. Art. 15, existiert weiterhin die Möglichkeit bilaterale Einigungen zwischen dem Staat und dem Eigentümer auf Augenhöhe zu finden – notfalls unter Einbeziehung eines externen Schlichters.

Antrag A16: frei, freier, Sexarbeit!

Antragsteller*in:	Bezirksverband Mitte
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

1 Als Liberale ist uns die Selbstbestimmung ein zentrales Anliegen. Dies schließt die
2 sexuelle Selbstbestimmung uneingeschränkt mit ein, einschließlich der freien
3 Entscheidung über die Ausübung von Sexarbeit.
4 Deswegen sprechen wir uns als Junge Liberale Berlin ganz klar gegen Sexkaufverbote
5 oder anderen Formen der Kriminalisierung, wie das „Schwedische Modell“, aus. Denn
6 diese drängen die Sexarbeitenden in die Kriminalität, wodurch selbstbestimmte
7 Sexarbeit und menschenwürdige Arbeitsbedingungen nur noch schwerer sicherzustellen
8 sind.

9 Für Selbstbestimmung und gegen Kriminalisierung

10 Die derzeitige Regulierung der Sexarbeit zielt zwar darauf ab, Sexarbeitende vor
11 Ausbeutung zu schützen, verfehlt jedoch oft die Realität. Insbesondere erschwert sie
12 die Arbeit nur für diejenigen, die diesem Beruf freiwillig nachgehen. Dies muss sich
13 ändern.

14 Jedes Jahr sind Sexarbeitende dazu verpflichtet, an gesundheitlichen Beratungen
15 teilzunehmen. Diese Beratungsgespräche sind zum Teil nicht nur stigmatisierend,
16 sondern vermitteln Menschen, die im Sexgewerbe tätig sind, keinerlei neue
17 Informationen. Daher fordern wir als Junge Liberale Berlin, dass die Verpflichtung,
18 an diesen Schulungen teilzunehmen, vollständig entfällt. Gesundheitliche Beratungen
19 sollen als freiwilliges Angebot weiterhin bestehen bleiben.

20 Zusätzlich zu den gesundheitlichen Beratungen müssen Sexarbeitende alle zwei Jahre
21 ihre Anmeldebescheinigung, auch „Hurenpass“ genannt, verlängern lassen. Nicht nur
22 enthält dieser keinerlei Informationen abgesehen von einem Passfoto, sondern viele
23 Sexarbeitende fühlen sich bei dem Mitführen der Bescheinigung diskriminiert. Der Pass
24 dient in keinsten Weise dem Schutz von Sexarbeitenden. Ganz im Gegenteil, da
25 Betroffene von beispielsweise Zwangsprostitution in der Regel nicht angemeldet sind,
26 wenden sie bei Übergriffen weniger an Behörden, da sie eine Strafe befürchten.
27 Deswegen setzen wir uns für die Abschaffung des „Hurenpass“ ein.

28 Darüber hinaus sollen Personen, die der Prostitution nur nebenberuflich und im
29 geringen Maße nachgehen, nicht mehr unter die strengen Auflagen des
30 Prostituiertenschutzgesetz fallen.

31 Obwohl Bordelle für Sexarbeitende eine der sichersten Orte sind, ihre Arbeit
32 durchzuführen, sind sie am stärksten reguliert und erfahren am häufigsten Prüfungen
33 durch Behörden. Sexarbeitende, die ihre Dienstleistung hingegen alleine in Wohnungen
34 anbieten, laufen eine höhere Gefahr ausgenutzt zu werden. Deswegen sollen die
35 Ressourcen der Behörden in Zukunft bei Einrichtungen, die in der Vergangenheit wenig
36 bis gar keine Auffälligkeiten gezeigt haben, eingespart werden.

37 Zwangsprostitution bekämpfen

38 Wie in jeder Branche, gibt es auch im Bereich der Sexarbeit schwarze Schafe. Anstatt
39 jedoch die gesamte Branche als Kollektiv zu bestrafen, muss explizit gegen Personen,
40 die die Notlage von Sexarbeitenden ausnutzen, schärfer vorgegangen werden.
41 Derzeit wird die Ausnutzung einer Person im Rahmen von Prostitution weniger stark
42 bestraft, als wenn beispielsweise an einer Person gegen ihren Willen sexuelle
43 Handlungen verübt werden. Diesem Missverhältnis muss ein Ende gesetzt werden. Es kann
44 nicht sein, dass ein Vergehen im Bereich der Zwangsprostitution weniger stark
45 geahndet wird.
46 Die Strafbarkeit nach § 181a StGB sollte auch auf Einzelfälle ausgeweitet werden, da
47 bereits die einzelne Ausbeutung oder Überwachung einer Person, die der Prostitution
48 nachgeht, zum eigenen Vermögensvorteil eine erhebliche Grenzüberschreitung darstellt.
49 In Deutschland ist es derzeit nur strafbar, wenn die Beziehung zu der betroffenen
50 Person über den Einzelfall hinausgeht.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A17: Den Ideenwettbewerb zwischen Museen erhalten

Antragsteller*in:	Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Bundesrepublik blickt auf eine lange Tradition als Kulturnation zurück. Unser
- 2 Ziel ist es, die Vielfalt und die Freiheit des Kulturlebens in Deutschland
- 3 abzusichern. In diesem Zusammenhang arbeiten wir daran, die kulturelle Bildung in
- 4 unserem Land auszubauen. Eine wichtige Rolle spielen dabei unsere Museen. In diesem
- 5 Zusammenhang setzen wir nicht nur auf solche in öffentlicher Trägerschaft, sondern
- 6 auch auf die in Trägerschaft von Stiftungen und Vereinen. Eine gesunde
- 7 Wettbewerbskultur zwischen den verschiedenen
- 8 Einrichtungen erachten wir dabei als förderliche Anreizstruktur. Eben diesen
- 9 Wettbewerb insbesondere zuungunsten von Museen in Trägerschaft von Stiftungen und
- 10 Vereinen auszuhebeln, indem kostenloser Eintritt in Museen öffentlicher Trägerschaft
- 11 gewährt wird, halten wir daher für kontraproduktiv. Deshalb setzen wir uns dafür ein,
- 12 grundsätzlich die Erhebung eines Entgelts in öffentlichen Museen als wichtige
- 13 Einkommensquelle mit positiver Anreizwirkung für den Ideenwettbewerb aufrecht zu
- 14 erhalten.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag A18: Ich geh mit meiner Laterne

Antragsteller*in:	LAK Inneres und liberale Gesellschaft
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen Berlin fordern den Ausbau und die Verbesserung von
- 2 Straßenbeleuchtung. Gaslaternen und andere sollen stetig mit energieeffizienteren
- 3 LED-Leuchten ausgetauscht werden. Haltestellen des ÖPNV sollen vollständig
- 4 ausgeleuchtet werden. Gleiches gilt für Unterführungen und Brücken. Weiter soll
- 5 künftig mindestens eine Straßenseite ausgeleuchtet sein. Wir sprechen uns für eine
- 6 nachhaltige und sparsame Straßenbeleuchtung aus. So sollte vor einer Umrüstung der
- 7 Einsatz von Bewegungsmeldern in Betracht gezogen werden. Dunkle, bedrohlich wirkende
- 8 Heimwege sollen der Vergangenheit angehören!

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag A19: Liberté, Égalité, FCKAfD - Weil Kommunikation mehr hilft als ein Verbot

Antragsteller*in:	Bezirksverband Mitte
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

1 In den letzten Wochen gingen Millionen von Menschen, darunter viele Liberale, in
2 Deutschland auf die Straße, um gegen die AfD und Rechtsextremismus zu demonstrieren.
3 Wir begrüßen diese Entwicklung sehr, doch es ist beunruhigend festzustellen, dass die
4 AfD weiterhin in Umfragen stark abschnidet. Das wirft die Frage auf, was dagegen
5 getan werden kann. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass es darauf keine
6 sofortige umfassende Antwort geben kann. Dennoch möchten wir erste Schritte in
7 Richtung einer Verbesserung der Situation unternehmen.

8 **Der AfD den Wind aus den Segeln nehmen!**

9 Der Liberalismus zeichnet sich durch ein optimistisches Menschenbild aus. Daher
10 sollten wir die Menschen nicht belehren, warum es falsch ist, die AfD zu wählen.
11 Vielmehr müssen wir sie wieder von unseren Ideen überzeugen und ihnen vor allem
12 Hoffnung geben.

13 Die AfD erzielt besonders hohe Ergebnisse in ländlichen und teilweise ostdeutschen
14 Gebieten Deutschlands. Vor Ort hört man oft, dass sich die Menschen "abgehängt"
15 fühlen oder dass die Politik sie zu wenig einbezieht. Hier müssen wir uns
16 selbstkritisch hinterfragen. Als FDP und Julis sind wir auf dem Land oft personell
17 unterbesetzt. Daher ist es wichtig, in Zukunft während des Wahlkampfs vermehrt
18 Unterstützung in ländlichen Gebieten zu leisten, beispielsweise durch
19 Wahlkampfaktionen nicht nur in Großstädten, sondern auch auf dem Land.
20 Damit einher geht die Stärkung unserer Kommunen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip, um
21 langfristig die Vielfalt in unserem Land zu erhalten und Politik gemäß den
22 Bedürfnissen der Menschen zu gestalten.

23 In Krisenzeiten neigt jeder Mensch dazu, die Fehler bei anderen zu suchen. Daher
24 sollten wir als Liberale mit gutem Beispiel vorangehen und unsere bisherige
25 Herangehensweise selbstkritisch hinterfragen. Unsere Kommunikation als FDP muss
26 verbessert werden, und wir müssen verstehen, dass vergangene und zukünftige Krisen
27 nicht ohne starke Kompromisse von allen Seiten gelöst werden können. Das bedeutet
28 nicht, dass wir uns mit unseren Mitbewerbern auf der politischen Bühne nicht mehr um
29 die besten Ideen streiten dürfen, aber wenn ein Kompromiss erreicht ist, sollten wir
30 diesen unterstützen.

31 Als Junge Liberale Berlin lehnen wir ein Verbotsverfahren gegen die AfD ab, nicht
32 weil wir es grundsätzlich falsch finden, sondern weil es sich über Jahre hinziehen
33 und von der AfD zu ihrem Vorteil genutzt werden könnte.

34 **Demokratie schützen**

35 Auch wenn ein Großteil der AfD-Wähler nicht rechtsextrem ist, gibt es dennoch
36 rechtsextreme Strukturen innerhalb der Partei. In Zeiten, in denen die AfD

37 Umfrageergebnisse von bis zu 23% erzielt, müssen wir unsere Demokratie vor den Folgen
38 einer starken AfD schützen. Noch haben wir in dieser Legislaturperiode alle
39 Möglichkeiten dazu, und wir sollten sie nutzen.

40 Wir begrüßen ausdrücklich den Vorschlag der Ampelregierung, das Verfassungsgericht
41 gesetzlich stärker zu schützen. Wie wir in Polen und Ungarn beobachten konnten, sind
42 Verfassungsgerichte für Rechtspopulisten oft die erste Anlaufstelle, um das
43 demokratische System zu ihren Gunsten zu verändern. Daher sprechen wir uns klar dafür
44 aus, dass bestimmte Strukturen des Bundesverfassungsgerichts nur noch mit einer
45 Zweidrittelmehrheit verändert werden können. Dazu gehört die Aufteilung in zwei
46 Senate mit je acht Richterinnen und Richtern für eine Amtszeit von zwölf Jahren.

47 Sollte eine rechtsextreme Partei einmal über ein Drittel der Plätze im Bundestag
48 gewinnen, wäre sie in der Lage, die Wahl der Richter für das Bundesverfassungsgericht
49 zu blockieren. Die Richter werden jeweils zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat
50 entsandt und müssen mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt werden. Daher setzen wir
51 uns dafür ein, dass die Wahl der Richter in Zukunft auch über Kreuz erfolgen kann.
52 Das würde bedeuten, dass der Bundesrat die übrigen Plätze wählen könnte, falls der
53 Bundestag nicht zu einer Entscheidung käme, und umgekehrt.

54 **„Im Namen der Toleranz sollten wir uns das Recht vorbehalten, die Intoleranz nicht zu**
55 **tolerieren.“**

56 Dennoch müssen wir gegen diejenigen, die unsere freiheitlich demokratische
57 Grundordnung beschädigen wollen, vorgehen. Dabei ist es uns jedoch wichtig das
58 richtige Maß und Mittel zu finden.

59 Extremisten haben keinen Platz an unseren Universitäten und Hochschulen! Daher soll
60 die Exmatrikulation von Studierenden, die durch Extremismus und/oder Antisemitismus
61 auffallen, deutlich erleichtert werden. Vorfälle, wie an der Freien Universität, bei
62 dem ein jüdischer Student von einem Kommilitonen verprügelt wurde, sind ein
63 Armutszeugnis für unser Land. Daher soll das Hochschulgesetz Berlins dahingehend
64 geändert werden, die Universitäten handlungsfähiger zu machen.

65 Zusätzlich sollen in Zukunft an Personen, die Mitglied in gesichert rechtsextremen
66 Verbänden sind, keine Stipendien, welche durch den Staat finanziert werden, vergeben
67 werden. Das Gleiche soll für BAföG gelten.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A20: Privat vor Staat - auch bei der Krankenkasse

Antragsteller*in:	Alexander Kobuss
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die Pandemie hat die Schwachstellen unseres Gesundheitssystem für die Bevölkerung
2 deutlich gemacht. Ständig steigende Krankenkassenbeiträge kaschieren die marode
3 Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen. Staatliche Umlagefinanzierung und
4 Planwirtschaft der Bepreisung mag gut gemeint sein; sie ist aber teuer und kostet
5 jeden Tag Menschen das Leben, weil sie nicht die Versorgung erhalten, die sie
6 brauchen. Deutschland hat im OECD Vergleich mit die höchsten Kosten für das
7 Gesundheitswesen bei einer immens gesteigerten Übersterblichkeit.

8 Daher ist es notwendig das System der Kranken- und Pflegeversicherung in Deutschland
9 neu zu denken. Die schrittweise Liberalisierung des Gesundheitswesens soll eine
10 höhere Qualität der Gesundheitsversorgung zu geringeren Kosten für alle Bürgerinnen
11 und Bürger gewährleisten, sodass jede Person die individuelle Leistung erhält, die
12 sie benötigt.

13

14 **Phase 1: Reform der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung**

15

16 Um einen graduellen Übergang zu einer schrittweisen Liberalisierung zu ermöglichen,
17 müssen zunächst die Schwächen des Systems von Gesetzlicher Krankenversicherung (GKV)
18 und Privater Krankenversicherung (PKV) angegangen werden. Dafür soll das staatliche
19 Angebot der GKV in einen Wettbewerb mit den privaten Gesundheitsdienstleistungen
20 treten.

21 Nach Schweizer Vorbild soll der Deutsche Versicherungszwang durch eine allgemeine
22 Pflicht zur Versicherung ersetzt werden. Die Beitragsbemessungsgrenze für den
23 Eintritt in die PKV wird abgeschafft. Es soll allen Bürgerinnen und Bürgern künftig
24 möglich sein, zwischen den Dienstleistern der GKV und PKV frei zu entscheiden und
25 beliebig zu wechseln. Kontrahierungszwänge, die Versicherungsnehmer fest an die GKV
26 oder PKV fesseln, sollen untersagt und wettbewerbsrechtlich verfolgt werden.

27

28 Um auch die Option privater Zusatzversicherungen attraktiver zu gestalten, soll die
29 Abschaffung gesetzlicher Preiskontrollen für die Leistungen der Krankenversicherungen
30 forciert werden. Dadurch werden wirtschaftliche Fehlallokationen durch staatliche
31 Preiskontrollen vermieden und bessere Qualität der medizinischen Leistungen für
32 Patientinnen und Patienten gesichert. Die Versicherungssteuer soll abgeschafft werden
33 und stattdessen Versicherungen unter den ermäßigten Umsatzsteuersatz fallen. Die
34 Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sollen von der Umsatzsteuer ausgenommen
35 sein,.

36

37 Ebenso müssen Leistungen, die durch die gesetzlichen Krankenkassen angeboten werden,
38 sorgfältig geprüft werden. Das erprobte Instrument des Gemeinsamen Bundesausschusses
39 (G-BA) ist am besten dafür geeignet, um evidenzbasiert medizinische Dienstleistungen
40 in den Katalog der GKV mit aufzunehmen. Die schleichende Zentralisierung dieser
41 Kompetenz in das Bundesgesundheitsministerium lehnen wir ab und fordern, dass künftig
42 der G-BA diese Entscheidungen wieder ausschließlich trifft. Darüber hinaus muss bei
43 einem modernen Gesundheitssystem die Prävention im Vordergrund stehen. Die
44 gesetzlichen Leistungen, die der G-BA prüft, sollen in Zukunft deutlich stärker auf
45 Prävention ausgelegt werden, um schwere und kostenintensive Krankheitsbilder zu
46 vermeiden und die Finanzierung generationengerechter und nachhaltiger zu gestalten.

47 In diesem Zusammenhang fordern die Jungen Liberalen ebenfalls die Schaffung größerer
48 Transparenz für einzelne Dienstleistungen, indem die Patientinnen und Patienten der
49 GKV auch Kenntnis über sämtliche Kosten ihrer Behandlung erhalten sollen. Nach
50 Schweizer Vorbild soll für alle Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung eine
51 gedeckelte Selbstbeteiligung der Versicherungsnehmer eingeführt sein. Die
52 Selbstbeteiligung gilt für alle Leistungen unter einer angemessen niedrigen
53 Kostengrenze und wird durch den G-BA festgelegt.

54

55 **Phase 2: Einführung eines nachhaltigen Gesundheitssystems**

56

57 Selbst die notwendigen Reformen im staatlichen Gesundheitssystem können nicht die
58 strukturellen Probleme staatlicher Umlagefinanzierung lösen. Daher soll nach der
59 Einführung, der in Phase 1 beschriebenen Reformen, innerhalb von zehn Jahren der
60 Übergang in ein nachhaltiges System der Gesundheitsversorgung geschaffen werden.
61 Dabei sollen die gesetzlichen Krankenversicherungen als Körperschaften öffentlichen
62 Rechtes in private Trägerschaft überführt werden. Innerhalb der zehnjährigen
63 Übergangsfrist sollen alle übrigen Mechanismen der staatlichen Preiskontrolle im
64 Gesundheitssystem entfallen. Das gilt auch uns insbesondere für die Preiskontrolle
65 von Medikamenten. Insbesondere in der Anfangszeit soll das Bundeskartellamt illegale
66 Preisabsprachen kontrollieren und verhindern.

67 Die Pflicht zur Versicherung gilt weiterhin für alle Deutschen Staatsbürger. Anbieter
68 von Kranken- und Pflegeversicherungen dürfen keine Person aufgrund von
69 Vorerkrankungen von ihren Versicherungsleistungen ausschließen.

70 **Alternative 1:** Um Wettbewerbsverzerrung zu verhindern, soll nach Schweizer Vorbild
71 ein gemeinsamer Fonds der Krankenkassen eingerichtet werden, aus dem
72 Ausgleichszahlungen an die Träger finanziert werden, die Menschen mit schwerwiegenden
73 Vorerkrankungen aufnehmen.

74 **Alternative 2:** Um Wettbewerbsverzerrung zu verhindern, sollen Krankenkassen, die
75 Menschen mit entsprechend schwerwiegenden Vorerkrankungen aufnehmen eine
76 Ausgleichszahlung aus Steuermitteln erhalten.

77 Die Versicherungsbeiträge sollen nicht länger einkommensabhängig erhoben werden,
78 sondern sich am Gesundheitszustand und dem Erkrankungsrisiko des Individuums
79 orientieren. Für soziale Härtefälle soll ein entsprechender Ausgleichsfonds nach dem
80 Vorbild Singapurs eingerichtet werden. Die Versicherungsanbieter können hierbei
81 gesundes Verhalten finanziell belohnen. Durch den finanziellen Anreiz ungesundes

82 Verhalten zu unterlassen, wird die Gesundheit der einzelnen Individuen deutlich
83 verbessert und gesunde Menschen müssen nicht für ungesundes Verhalten anderer
84 Mitversicherter aufkommen. Dadurch, dass ungesund lebende Menschen sich freiwillig
85 für das Zahlen höherer Versicherungsbeiträge entscheiden, entfällt auch jegliche
86 Legitimation für die Beibehaltung staatlicher Lenkungssteuern. Daher sollen alle
87 Lenkungssteuern, wie beispielsweise die Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer,
88 Alkopopsteuer, Biersteuer, Alkoholsteuer, Kaffeesteuer und Tabaksteuer, abgeschafft
89 werden. Neue Lenkungssteuern wie beispielsweise die viel diskutierte Zuckersteuer
90 lehnen wir ab.

91

92

93

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A21: Finger weg von Kleinanlegern – Vorabpauschale abschaffen!

Antragsteller*in:	Bezirksverband Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jungen Liberalen Berlin möchten den privaten Vermögensaufbau fördern.
- 2 Mit der Fassung des Investmentsteuergesetz (InvStG) von 2018 wurde die sogenannte
- 3 Vorabpauschale eingeführt, welche eine jährliche vorab Besteuerung an thesaurierenden
- 4 Investmentfonds vorsieht. Dies führt zu einer Steuerbelastung, die auf potenziellen,
- 5 aber nicht realisierten Gewinnen basiert.
- 6 Privatanleger müssen damit bereits Steuern entrichten, ohne Anteile veräußert zu
- 7 haben. Viele Kleinanleger sind damit gezwungen Anteile an Investmentfonds zu
- 8 veräußern, um Ihre Steuerschuld zu stunden.
- 9 Darüber hinaus wird durch die Koppelung an den Basiszins in Zeiten hoher Inflation
- 10 und damit hohe Zinsen die Attraktivität weiter geschmälert, da hohe Vorabpauschalen
- 11 zu entrichten sind. Einer wichtigen Säule der privaten Altersvorsorge wird damit
- 12 weiter geschadet.
- 13 Wir junge Liberale lehnen eine zusätzliche Belastung von privaten Kleinanlegern ab.
- 14 Die Demographie Deutschlands erfordert private Vorsorge. Der Staat darf diese nicht
- 15 im Vorfeld wegbesteuern.
- 16 Die Jungen liberalen Berlin fordern daher die ersatzlose Streichung des § 18 des
- 17 InvStG.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A22: 7 Punkte, um den politischen Islam zu stoppen

Antragsteller*in:	Bezirksverband Reinickendorf
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

1 Islamismus – 7 Punkte, um den politischen Islam zu stoppen

2

3 Die freie Religionsausübung im Rahmen unserer Verfassung ist ein wichtiges Grundrecht
4 für die Menschen in unserer liberalen Gesellschaft. Leider müssen wir feststellen,
5 dass beides - sowohl die freie Religionsausübung als auch die liberale Gesellschaft -
6 unter Druck stehen. Um eine religiöse Radikalisierung der Gesellschaft zu verhindern
7 und das liberale Zusammenleben in Deutschland zu fördern, fordern die Jungen
8 Liberalen, dem politischen Islam bzw. dem Islamismus entgegenzutreten und ihn wirksam
9 zu stoppen, wo auch immer es möglich ist.

- 10 • Daher fordern wir konkret: an allen deutschen Schulen säkularen
11 Religionsunterricht anzubieten, in dessen Rahmen alle Weltreligionen als
12 nebeneinander existierende, gleichberechtigte Phänomene gelehrt werden, ohne
13 dabei die Schüler zu Anhängern einer Religion machen zu wollen; einen
14 missionierenden Religionsunterricht lehnen wir ab. Weiterhin sollte allen
15 Schülern ganz im Sinne einer Ausbildung hin zu mündigen Bürgern vermittelt
16 werden, dass nur sie selbst über ihre Religion und über mit der Religion in
17 Verbindung stehende Lebensbereiche, wie ihre Kleidung oder ihre
18 Freizeitgestaltung, zu entscheiden haben. Darüber hinaus sollte das Lehrpersonal
19 darin geschult werden, Radikalisierungstendenzen und Symptome für psychischen
20 Stress zu erkennen.
- 21 • die Hochschulgesetze dahingehend zu verändern, dass Religionsgemeinschaften bzw.
22 religiöse Vereinigungen das Studium der islamischen Theologie nicht mehr
23 beeinflussen können. Vielmehr sollen die Hochschulen und Universitäten selbst
24 über das Studium der islamischen Theologie bestimmen, welches die
25 Grundvoraussetzung für die Imam-Ausbildung ist. Das System der Beiräte für
26 religiöse Studiengänge sollte abgeschafft werden.
- 27 • von Ditib unabhängige Strukturen zu schaffen. Noch immer hat mit Ditib ein
28 Verein großen Einfluss auf den Islam in Deutschland, dessen Leitung, Kontrolle
29 und Aufsicht direkt dem türkischen Präsidenten unterstellt ist. Das ist für uns
30 ein unhaltbarer Zustand, weshalb wir dazu aufrufen, eine von Ditib unabhängige
31 Deutsche Muslim-Vereinigung zu etablieren, die einen möglichst großen Anteil der
32 in Deutschland lebenden Muslime repräsentieren kann. Bisher bestehende
33 muslimische Vereinigungen repräsentieren nur einen Bruchteil der deutschen
34 Muslime bspw. gegenüber der Politik, was die Legitimation der Repräsentation
35 durch solche Vereinigungen in Frage stellt. Politik und Behörden sind allerdings
36 an vielen Stellen darauf angewiesen, einen legitimen Ansprechpartner zu haben.
37 Außerdem kann eine von Ditib unabhängige Deutsche Muslim-Vereinigung der freien
38 und unabhängigen innerislamischen Debatte in Deutschland Raum geben und diese

39 zukünftig fördern.

- 40 • Organisationen der Muslimbruderschaft in Deutschland zu verbieten, von der der
41 Nordrhein-Westfälische Verfassungsschutz schreibt, dass deren Ordnung „deutliche
42 Züge eines diktatorischen beziehungsweise totalitären Herrschaftssystems
43 aufweist, das die Selbstbestimmung des Volkes ablehnt sowie die Prinzipien von
44 Freiheit und Gleichheit der Menschen in Frage stellt“ und weiter „der Großteil
45 des dort vertretenen ideologischen Gedankenguts unvereinbar mit den im
46 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten Prinzipien der
47 Demokratie, des Rechtsstaates und einer auf der Menschenwürde basierenden
48 politischen Ordnung [ist]“.
- 49 • sowie die Jugendorganisationen der Muslimbruderschaft *Muslimische Jugend in*
50 *Deutschland e.V.* und *Femyso* zu verbieten, über die der Verfassungsschutz sagt,
51 dass sie dazu geeignet seien, „desintegrativ zu wirken“ und Jugendliche „gegen
52 die ‚westliche Gesellschaft‘“ zu emotionalisieren und die nach eigenen Angaben
53 „den politischen Status Quo“ dahingehend verändern möchten, dass die „Prinzipien
54 eine Regierung zu führen“ nach dem Willen Allahs aussehen.
- 55 • die Finanzierung von religiösen Verbänden transparenter zu gestalten. Ähnlich
56 wie bei politischen Parteien sollten Spenden und sonstige Zuwendungen ab 50.000
57 Euro offengelegt werden müssen. Gleichzeitig sollten die Möglichkeiten für
58 Moscheen, Beiträge zu erheben, verbessert werden. Eine Finanzierung aus dem
59 Ausland sollte grundsätzlich verboten werden. Um dies durchzusetzen, fordern wir
60 weiterhin:
- 61 • den Verfassungsschützern von Bund und Ländern mehr Möglichkeiten zu geben,
62 Geldströme von und zu religiösen Vereinigungen nachzuverfolgen. Erreicht werden
63 kann dies durch eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung sowie durch
64 eine engere Zusammenarbeit mit der Financial Intelligence Unit. Ferner soll die
65 Möglichkeit geschaffen werden, Spendengelder und Zuwendungen von
66 verfassungsfeindlich gesinnten Spendern abzuschöpfen.

67

68 Die Ergebnisse zur weitverbreiteten Muslimfeindlichkeit in Deutschland besorgen uns
69 zutiefst. Der Staat muss den Schutz von Muslimen im gesamten öffentlichen Raum
70 umfassend gewährleisten.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag A23: Hass macht hässlich - Die offene Gesellschaft wirksam verteidigen

Antragsteller*in:	Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

1 Toleranz, Pluralismus und Meinungsfreiheit zeichnen den liberalen Rechtsstaat aus –
2 insbesondere im Umgang mit Haltungen, die staatlichen Zielen und gesellschaftlichen
3 Normen vermeintlich zuwiderlaufen. Gleichzeitig geraten Liberalität und Demokratie
4 zunehmend unter Druck durch eine wachsende Radikalisierung in Teilen der
5 Gesellschaft, die nicht zuletzt durch die Sozialen Medien an Dynamik und Intensität
6 gewonnen hat, und sich in einer Verrohung der Debattenkultur, Missinformation,
7 gesellschaftlicher Spaltung bis hin zu Gewalt gegen Minderheiten Bahn bricht. Eine
8 Destabilisierung unseres demokratischen Gemeinwesens durch derlei Entwicklungen
9 wollen wir nicht zulassen.

10 Der liberale Rechtsstaat muss resilient sein gegen Extremismus und radikale
11 Agitation, ohne dabei selbst seine Grundsätze von Toleranz, Pluralismus und
12 Meinungsfreiheit aufzugeben. In diesem Kontext muss auch der gesetzliche Rahmen
13 gestärkt werden, um Resilienz unserer Demokratie zu gewährleisten, Toleranz zu
14 erhalten und die Gesellschaft gegen unterschiedliche Extremismen zu schützen.

15

16 **Hass im Netz**

17 Immer mehr kommt es in sozialen Medien zu einer Verrohung des Diskurses, der
18 Verbreitung von Fehlinformation und der Entstehung von Echokammern. In diesem Kontext
19 fordern die Jungen Liberalen:

- 20 • Wir wollen in das Regelwerk des Digital Service Acts (DSA) der Europäischen
21 Union eine unabhängige Medienaufsicht ähnlich wie in Deutschland integrieren und
22 für Internetplattformen mit mehr als 45 Millionen Nutzern in einem jährlichen
23 Turnus Berichtspflichten für Content-Moderation einführen.
- 24 • Social-Media-Plattformen sind Gatekeeper für die Meinungsfreiheit im Netz. Dass
25 sie auch gegen nicht rechtswidrige Inhalte vorgehen, ist aufgrund der
26 Privatautonomie grundsätzlich zulässig, jedoch müssen sich Social Media
27 Plattformen hierbei im Rahmen der Meinungsfreiheit bewegen.
- 28 • Bei der Verfolgung mutmaßlicher Straftaten im Netz darf die Abwägung von
29 Grundrechten nicht in die Hände von Digitalkonzernen gelegt werden, die damit
30 noch einflussreicher für den Meinungsbildungsprozess werden und zu overblocking
31 neigen können. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz ist daher abzuschaffen. Wir
32 setzen in erster Linie auf die individuelle Strafverfolgung durch eine personell
33 und technisch ausreichend ausgestattete Polizei, die dafür konkret geschult und
34 verstärkt werden muss. Zur besseren Rechtsdurchsetzung sind Plattformen dazu zu
35 verpflichten, digitale Beschwerdemöglichkeiten für User wie sonstige Betroffene

36 einzurichten.

- 37 • Finanzierung politischer Social-Media-Kampagnen aus dem EU-Ausland muss
38 verhindert und die Plattformen verpflichtet werden, diese durch Transparenz und
39 Offenlegungspflichten zu unterbinden.
- 40 • Staatliche Regulierungen und Versuche, die Verbreitung von Falschinformationen
41 rechtlich zu sanktionieren, lehnen wir entschieden ab. Stattdessen wollen wir
42 die Desinformationstaskforce des Bundesinnenministeriums ausbauen.
43 Desinformationskampagnen sollen außerdem konsequent in die Berichte der
44 Verfassungsschutzbehörden aufgenommen werden.
- 45 • Anonymität im Netz muss grundsätzlich möglich sein. Eine Klarnamenpflicht lehnen
46 wir ab.
- 47 • Verbale Attacken im Netz und Cybermobbing dürfen rechtlich nicht folgenlos
48 bleiben. Über die konsequente Anwendung der bestehenden Möglichkeiten des
49 Strafrechts ist § 1 des Opferentschädigungsgesetzes vom „tätlichen Angriff mit
50 gesundheitlichen Folgen“ um den „psychischen Angriff mit gesundheitlichen
51 Folgen“ zu ergänzen.

52

53 **Schutz vor Diskriminierung und Hasskriminalität**

54 Intoleranz und Hass bleiben nicht nur im Raum des Verbalen, sondern manifestieren
55 sich in diskriminierenden Handlungen oder in roher Gewalt. Um dem zu begegnen fordern
56 wir:

- 57 • 3 Abs. 3 GG muss um das Merkmal der sexuellen und geschlechtlichen Identität
58 erweitert werden. Diese Reform ist überfällig und notwendig, um der LGBTIQ-
59 Community endlich einen Schutz vor Diskriminierung im Verfassungsrang zu geben.
60 Um die Anzeigebereitschaft gegen queerfeindliche Übergriffe und Straftaten zu
61 erhöhen, sollen bei den Polizeibehörden konkrete Ansprechpartner für homo- und
62 transfeindliche Gewalt geschaffen werden.
- 63 • Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) soll auch eine Diskriminierung
64 aufgrund der Staatsangehörigkeit untersagen. Damit soll insbesondere die
65 Handhabe gegen israelbezogenen Antisemitismus gestärkt werden.
- 66 • Die Sicherheitsbehörden müssen gegen volksverhetzende oder Terrorismus
67 billigende Botschaften, Aufrufe und Sprechchöre bei Demonstrationen und
68 Versammlungen konsequent vorgehen, Versammlungen in solchen Fällen konsequent
69 auflösen und in begründeten Ausnahmen von Vornherein verbieten. Dass die
70 Berliner Polizei nach den Terroranschlägen der Hamas auf Israel am 7. Oktober
71 zunächst nicht wegen des Verdachts auf Billigung von Straftaten gegen
72 Sympathisanten der Hamas ermitteln wollte, die auf der Sonnenallee Süßigkeiten
73 verteilten und den Terror gegen Juden und Israelis feierten, ist beschämend. §
74 140 StGB muss soweit konkretisiert werden, dass Interpretationsspielräume bei
75 der Ahndung solcher Handlungen minimiert werden.
- 76 • Wer den Hass auf unsere Straßen trägt, kann in Deutschland keinen
77 Aufenthaltstitel erhalten – das gilt insbesondere in Bezug auf die
78 Ausschreitungen und antisemitischen Sprechchöre bei antiisraelischen

79 Demonstrationen, aber z. B. auch für die Gewalt zwischen eritreischen Gruppen im
80 September 2023. Die Möglichkeiten des Aufenthaltsrecht zur Abschiebung und
81 Ausweisung Beteiligter müssen konsequent ausgeschöpft werden. Ferner ist eine
82 Konkretisierung und Ausweitung der Abschiebegründe nach § 53 Abs. 1 AufenthG
83 vorzunehmen. Eine Abschiebung oder Ausweisung soll nicht erst bei einer Gefahr
84 für die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“, sondern bereits bei einer
85 Gefährdung des öffentlichen Friedens zweifelsfrei erfolgen können – etwa bei
86 Delikten i. S. d. §§ 126 (Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von
87 Straftaten), 130 (Volksverhetzung), 140 (Belohnung und Billigung von Straftaten)
88 oder 166 (Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und
89 Weltanschauungsvereinigungen) StGB. Bei Straftaten in Zusammenhang mit
90 Hasskriminalität und Volksverhetzung soll eine Abschiebung zudem unabhängig von
91 der Höhe des Strafmaßes erfolgen.

92

93 **Spaltung und Agitation auf institutioneller Ebene begegnen**

94 Radikale Organisationen unternehmen vermehrt den Versuch, in staatlichen Gremien und
95 Institutionen an Einfluss zu gewinnen. Gleichzeitig nutzen auch fremde Staaten
96 Kommunikationskanäle und Finanzierungswege, um Einfluss auf die gesellschaftliche
97 Debatte zu nehmen und die deutsche bzw. europäische Demokratie zu unterminieren. Um
98 dies zu verhindern, fordern wir:

- 99 • Die Auslandsfinanzierung religiöser Strukturen, wie wir sie insbesondere im
100 islamischen Umfeld erleben, muss verboten werden. Religionsgemeinschaften dürfen
101 nicht zum verlängerten Arm ausländischer Mächte werden. Stattdessen sollte das
102 Modell der Kirchensteuer auch anderen Religionsgemeinschaften eröffnet werden,
103 um eine inländische Finanzierung gewährleisten zu können.
- 104 • Die Imamausbildung soll künftig in Deutschland erfolgen. Dies wiederum setzt
105 voraus, dass Islamische Theologie an Universitäten in Deutschland studiert
106 werden kann. Dabei darf es keine Kooperation mit DITIB oder anderen
107 konservativen Islamverbänden, wie sie vornehmlich im Zentralrat der Muslime
108 vorzufinden sind, geben. Wir wollen stattdessen mit liberalen Islamverbänden wie
109 Muslimisches Forum Deutschland, Liberal-Islamischer Bund und der Ibn-Rusht-
110 Goethe-Moschee zusammenarbeiten. Fundamentalistische Islamverbänden darf keine
111 Mitwirkung in Gremien wie der Islamkonferenz gewährt werden.
- 112 • Fundamentalistische und aus dem Ausland finanzierte Institutionen wie das
113 Islamische Zentrum in Hamburg (IZH) müssen geschlossen werden.
- 114 • Konfuzius-Institute, die seit 2006 von der Regierung der Volksrepublik China an
115 deutschen Hochschulen gegründet und finanziert werden, um unter dem Vorwand der
116 Förderung von chinesischer Sprache und Kultur Einfluss auf die akademische Lehre
117 zu nehmen und Propaganda der Kommunistischen Partei Chinas zu verbreiten, müssen
118 vollständig von deutschen Bildungsstätten entkoppelt werden. Hochschulen sollen
119 künftig dazu verpflichtet werden, Mittelzuwendungen aus dem außereuropäischen
120 Ausland zu erfassen und transparent zu veröffentlichen.
- 121 • Hochschulen müssen ein Ort der Meinungsvielfalt und Meinungsfreiheit sein.
122 Versuchen einzelner Gruppen oder gar der Hochschule selbst, die Freiheit der

- 123 Lehre zu beschränken, politisch unliebsame Veranstaltungen zu blockieren oder zu
124 untersagen, stellen wir uns entschieden entgegen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A24: Gesundheitsversorgung auf nachhaltige FüÙe stellen

Antragsteller*in:	Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die Lebenserwartung in Deutschland wächst Jahr für Jahr dank einer der besten
2 Gesundheitsversorgungen der Welt. Doch dieses System steht auf einem morschen
3 Fundament. Denn das Geld in der Gesetzlichen Krankenversicherung reicht bereits seit
4 2004 nicht mehr aus. Was 2004 noch ein Steuerzuschuss von einer Milliarde war, könnte
5 im Jahr 2030, bei Einbezug einer Beitragssteigerung um 2,4% auf 18,4%, ein
6 Steuerzuschuss von 22,5 Milliarden werden. Langfristig wird es daher nicht anders
7 gehen, als unser Gesundheitssystem zulasten von Investitionen oder durch Schulden zu
8 finanzieren. Dieses Vergehen an künftigen Generationen gilt es abzuwenden. Es gilt
9 daher es, die dringend benötigte und hochqualitative Gesundheitsversorgung auf eine
10 verlässliche Finanzierung zu stellen. Für uns ist klar: Die Gesetzliche
11 Krankenversicherung muss schnellstmöglich echte Reformen erfahren, um den
12 Finanzierungsdruck zu senken und langfristig von einer generationsgerechteren
13 Alternative ersetzt zu werden. Um die Finanzierungsnot der gesetzlichen
14 Krankenversicherung innerhalb des umlagefinanzierten Systems zu verringern, fordern
15 wir:

- 16 • **Abschaffung der Familienversicherung für Menschen über dem Doppelten des durch-**
17 **schnittlichen Jahresbruttoeinkommens.**

18 Die Familienversicherung ist ein probates Mittel, um Familien in unteren und
19 mittleren Einkommensgruppen zu entlasten. Doch ermöglicht die Familienversicherung,
20 dass eine Familie mit zwei Kindern, in welcher beide Elternteile durchschnittlich
21 verdienen rund genauso viel zu der Solidargemeinschaft der gesetzlichen
22 Krankenversicherung beiträgt, wie eine Familie mit drei Kindern und einem nicht
23 arbeitenden Elternteil, in der das andere Elternteil über der
24 Beitragsbemessungsgrenze liegt. Dies ist nicht solidarisch. Daher ist die
25 Verfügbarkeit der Familienversicherung auf untere und mittlere Einkommensgruppen zu
26 begrenzen. Ist eine Familienversicherung nicht möglich, so sollen Kinder, sollten
27 deren Eltern Teil der gesetzlichen Krankenversicherung sind, innerhalb der
28 gesetzlichen Krankenversicherung versichert werden. Hierfür ist ein monatlicher
29 Beitrag von den Eltern zu entrichten.

- 30 • **Die Schaffung eines einheitlichen Leistungskataloges unter der Leitung von dem**
31 **Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA).**

32 Die gesetzliche Krankenversicherung verfügt bis heute über keinen transparenten
33 Leistungskatalog. Dies verhindert nicht nur eine umfassende Transparenz für den
34 Versicherten, sondern auch ein klares Evaluieren von angebotenen Leistungen. Bei dem
35 Erstellen des Leistungskataloges soll jede Leistung per Kosten-Nutzen Analyse
36 überprüft werden. Hierbei sollen die Leistungen mit Bezug zur Homöopathie in den
37 Katalog der Individuellen Gesundheitsleistungen überführt werden.

- 38 • **einem Selbstbehalt pro ambulante Leistungen und Arzneimittel.**

39 Die Versicherten werden somit dazu aufgefordert für jede in Anspruch genommene
40 Leistung ein Teil der Kosten selbst zahlen. Dieser Selbstzahleranteil ist innerhalb
41 des verbindlichen Leistungskataloges der gesetzlichen Krankenversicherung ausgewiesen
42 werden. Um hier die Bürokratie bei den Ärztinnen und Ärzten möglichst zu minimieren,
43 sollen die Ärztinnen und Ärzte die Rechnung über die erbrachten Leistungen zunächst
44 an die gesetzlichen Krankenkassen stellen. Diese sollen anschließend die
45 Selbstbehalte von dem Versicherten einziehen.

46 • **der Ausgliederung aller zahnärztlichen und zahntechnischen Leistungen.**

47 Bereits heute wird ein Teil der Kosten durch private Zuzahlungen getragen oder durch
48 ergänzende private Zusatzversicherungen abgedeckt. Patienten und Zahnärzte sind daher
49 bereits an Marktprinzipien und patientenspezifische Abrechnung gewöhnt. Die
50 individuelle Mehrbelastung durch die Ausgliederung aller zahnärztlichen und
51 zahntechnischen Leistungen in den eigenverantwortlichen bzw. privaten Bereich ist
52 daher relativ gering.

53 • **Die Pflichtversicherung abzuschaffen und durch eine Pflicht zur Versicherung zu**
54 **ersetzen.**

55 Jeder Person soll es ermöglicht werden, zumindest den Basistarif der privaten
56 Krankenversicherer wahrzunehmen und somit zu einer nachhaltig finanzierten
57 Gesundheitsversorgung beizutragen. Jedoch soll im Gegenzug die Berechtigung zur
58 Rückkehr in die gesetzliche Krankenversicherung auf ein Alter von 40 Jahren abgesenkt
59 werden und für Rückkehrer die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft werden.

60

61 Langfristig muss jedoch die gesetzliche Krankenversicherung ihre tragende Rolle in
62 der Gesundheitsversorgung abgeben. Ersetzt werden soll die Pflichtversicherung mit
63 einer Umlagefinanzierung durch eine Pflicht zur Versicherung durch eine privat
64 organisierte Kapitaldeckung. Dabei soll der PKV-Basistarif, welcher dem
65 Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung entspricht, bestehen bleiben.
66 Die verschiedenen Krankenkassen werden somit zu einer gesetzlichen
67 Krankenversicherung zusammengeführt. Diese soll künftig nur noch Bedürftige
68 finanziell unterstützen, den Basistarif der privaten Versicherer wahrzunehmen, wenn
69 diese sich länger als ein Jahr lang im Notlagentarif eines privaten Versicherers
70 befinden. In diesem Zuge ist der Beitrag zu der gesetzlichen Krankenversicherung
71 deutlich abzusenken. Mit dieser Reform gewinnen die privaten Krankenversicherer
72 deutlich an Bedeutung. Um hier jedoch eine patientenorientierte medizinische
73 Versorgung zu sichern, ist das Kostenerstattungsprinzip in der privaten
74 Krankenversicherung gesetzlich zu implementieren und die Gebührenordnung für Ärzte
75 weiter beizubehalten. Rabattverträge oder Budgetierungen zwischen den privaten
76 Versicherern und Ärztinnen und Ärzten sind daher strikt zu untersagen. Um eine
77 Aktualität dieser zu gewährleisten und die Gebührenordnung für Ärzte vom politischen
78 Kalkül unabhängig zu machen, soll ein gemeinsamer Ausschuss mit Vertretern der
79 Bundesärztekammer und der privaten Versicherungsunternehmen eingesetzt werden. Das
80 Bundesministerium für Gesundheit soll hier lediglich die Aufgabe der Rechtsaufsicht
81 wahrnehmen. Die Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung wird
82 an die Ärztekammern bzw. Zahnärztekammern übertragen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag A25: Freie Verträge für freie Mittelständler

Antragsteller*in:	Julien Herrmann
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Vertragsfreiheit ist eine zentrale Säule der sozialen Marktwirtschaft. Sie garantiert
- 2 Zulieferern, wie Abnehmern, Produzenten, wie Händlern die Möglichkeit, die
- 3 effizienteste Vertragsart für ihr Geschäftsmodell auszuwählen. So kommt es, dass ein
- 4 einzelner B2B Mittelständler eine Vielzahl an Vertragsarten mit abweichenden Fristen,
- 5 Boni und Flexibilisierungsmöglichkeiten mit seinen unterschiedlichen
- 6 Geschäftspartnern abgeschlossen hat.
- 7 Die EU-Kommission hat nun ein Maßnahmenpaket zum Schutz der KMU vorgelegt, mit dem
- 8 sie unter anderem gegen Zahlungsverzug vorgehen will („Late Payments Regulation“).
- 9 Demnach soll eine Zahlungsfrist von 30 Tagen ab Empfang der Waren oder Dienstleistung
- 10 gelten, die von keiner Vertragspartei verlängert werden kann. Dadurch sollen kleine
- 11 Unternehmen vor unlauteren Handelspraxen größerer Unternehmen geschützt werden.
- 12 Wir Junge Liberale lehnen diesen Angriff auf die unternehmerische Vertragsfreiheit
- 13 ab. Der Vorstoß der Kommission verkennt, dass ein Großteil der Verträge zwischen zwei
- 14 KMU geschlossen werden. Sie sind also gleichwohl Anbieter als auch Käufer.
- 15 Entflexibilisiert man die Vertragsmodelle, sind die Unternehmen gezwungen bewährte
- 16 Geschäftspraktiken zu ändern. Die Folge wäre schwindende Liquidität in den
- 17 Unternehmen, da die Verträge früher als bisher bedient werden müssten. Ebenso würde
- 18 die in Deutschland übliche Praxis der Skontierung, also eine Reduzierung der
- 19 Rechnungssumme als Bonus für frühzeitige Rechnungsbegleichung, als Anreizinstrument
- 20 gänzlich entfallen.
- 21 Statt in die Vertragsfreiheit der Unternehmen einzugreifen, gilt es die
- 22 Handelsgerichtbarkeit zu stärken, damit im Schadensfall kleine Unternehmen schnell zu
- 23 ihrem Recht auf Basis der geschlossenen Verträge kommen. Feste Zahlungsziele tragen
- 24 hingegen nicht zum Schutz der KMU bei.

25

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag A26: Sommermärchen 2.0 – Berlin EURO-fit machen

Antragsteller*in:	Julien Herrmann
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Am 14. Juni startet mit der UEFA Euro 2024 das erste Mal seit der Weltmeisterschaft
- 2 2006 wieder ein
- 3 großes Fußballturnier in Deutschland. Das damalige „Sommermärchen“ gilt in seiner
- 4 Organisation
- 5 und seiner Wirkung nach wie vor als Erfolg. Eine Vielzahl ausländischer Fans kam in
- 6 ein
- 7 gastfreundliches Deutschland und erlebte ein gut organisiertes Fußballfest – zu Gast
- 8 bei Freunden.
- 9 Insbesondere dem deutschen Tourismus gab die WM und das aufpolierte Image einen
- 10 messbaren
- 11 Schub.
- 12 Die EM 2024 bietet ein ähnlich großes Potential. Insbesondere Berlin, das Ausrichter
- 13 von sechs
- 14 Spielen (u.a. dem Finale) ist, hat eine gute Möglichkeit sich international zu
- 15 präsentieren. Schaut man
- 16 allerdings auf den gegenwärtig teilweise dysfunktionalen Zustand der Stadt, muss man
- 17 hoffen, dass
- 18 der Scheinwerfer auf Berlin nicht die grassierenden Probleme betont und zur
- 19 Abschreckung beiträgt.
- 20 Wir Junge Liberale fordern daher, dass sich Berlin zur Euro rausputzen und von seiner
- 21 besten Seite
- 22 zeigen soll, damit diese enorme Chance für unsere Stadt nicht ungenutzt bleibt.
- 23 Eine Großbaustelle stellt der ÖPNV dar. Hier muss sichergestellt werden, dass
- 24 Komplettsperren,
- 25 wie die der S1/S2 oder der U2 bis Beginn der Europameisterschaft beendet sind und
- 26 weitere
- 27 Sperrungen und Unterbrechungen ausbleiben. Die Zugtaktung zum Olympiastadion soll so
- 28 weit wie
- 29 möglich erhöht werden, insbesondere nach den Spielen, um die Fans möglichst
- 30 reibungslos zurück in
- 31 die Innenstadt zu bringen. Auch die Anbindung an die Berliner Randgebiete und
- 32 Brandenburg muss
- 33 während des Turniers auch nachts zuverlässig gegeben sein. Grundsätzlich muss geprüft
- 34 werden,
- 35 inwieweit für die Dauer des Turniers die Kapazitäten im Nahverkehr erhöht werden
- 36 können.
- 37 Eine verständliche Kommunikation insbesondere mit den ausländischen Fans ist wichtig.
- 38 Daher muss

39 sichergestellt werden, dass Durchsagen und Anzeigen im öffentlichen Raum,
40 insbesondere in
41 Bahnhöfen, auch in Englisch geschehen. Die relevanten Kontaktstellen, wie
42 Touristeninformation,
43 Polizei oder Ticketschalter sollen ebenfalls zweisprachig Auskunft geben können.
44 Für ein gutes Stadtbild ist es ebenfalls unabdingbar, dem Ruf Berlins als verdreckte
45 Stadt
46 entgegenzuwirken. Gerade in touristisch relevanten Zentrumsbereichen soll die
47 Stadtreinigung
48 verstärkt aktiv werden und Verunreinigungen zügig beseitigen. Im Rahmen der
49 Haushaltsmittel sollen
50 darüber hinaus auf öffentlichen Plätzen ohne Beeinträchtigung des Straßenverkehrs
51 Pop-up
52 Installationen, wie Bänke und Pflanzen, aufgestellt werden.
53 Die Sicherheit der Gäste aus dem In- und Ausland muss einen hohen Stellenwert
54 einnehmen. Neben
55 der Erstellung von Lagebildern zur Abwehr schwerwiegender potentieller
56 Bedrohungsszenarien, gilt
57 es auch im Kleinen die Sicherheit der Gäste sicherzustellen. Durch verstärkte
58 Kontrollen und
59 Polizeipräsenz an belebten Orten soll Taschendieben und Trickbetrügern das Handwerk
60 gelegt
61 werden. Ebenso zeigt die Erfahrung der letzten Großturniere, wie wichtig eine
62 deeskalierende
63 Strategie der Polizei im Umgang mit aufgebrachten Fangruppen ist. Ausschreitungen
64 gilt es durch
65 besonnenes und vorausschauendes Handeln zu unterbinden.
66 Die Stadtverwaltung muss die Rahmenbedingungen setzen, damit der Berliner
67 Einzelhandel, die
68 Gastronomie und Unterkünfte bestmöglich vom Großereignis profitieren können. Dazu
69 gehört es, die
70 Meldescheinpflicht für ausländische Übernachtungsgäste mindestens für die Dauer des
71 Turniers
72 auszusetzen. Die Regulierungen für Außenflächen von Bars und Restaurants sollen für
73 die Dauer des
74 Turniers flexibilisiert werden. Lärmschutzregeln sind in den betroffenen Bezirken im
75 Dialog mit den
76 Anwohnern ebenfalls zu flexibilisieren. Ebenso braucht es flexible
77 Ladenöffnungszeiten. Daher soll
78 die Stadt Berlin im Zeitraum des Turniers möglichst viele verkaufsoffene Sonntage
79 ermöglichen.
80 Nach Ende des Turniers soll durch den Senat evaluiert werden, welche der temporären
81 Maßnahmen
82 auch dauerhaft umgesetzt werden sollen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag A27: TikTokTot

Antragsteller*in:	Moritz Wimmer, Tobias Bergmann, Sören Grawert
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Sachantrag

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die Jungen Liberalen Berlin erkennen das Risiko, welches „TikTok“ als Mittel der
2 hybriden Kriegsführung für die nationale und europäische Sicherheit darstellt. Die
3 App unter ihrem Betreiber ByteDance steht diametral zu den Werten und Überzeugungen
4 von Liberalen.

5 Ganz konkret kritisieren die Jungen Liberalen Berlin

- 6 • den Unternehmensstandort in China des Betreibers ByteDance;
- 7 • die Beteiligung der chinesischen Regierung an ByteDance;
- 8 • die massive und unverhältnismäßige Sammlung von Nutzerdaten, die nichts mit der
9 Funktionsweise der App zu tun haben, und die in Whistleblowerberichten
10 beschriebene Weitergabe dieser Daten an und die Kooperation mit der
11 Kommunistischen Partei China;
- 12 • die Kooperation mit autokratischen Staatsführungen in der Zensur und
13 Einschränkung von Meinungsäußerungen auf der Plattform Tik Tok (z.B. die
14 Unterdrückung von LGBTQ-Inhalten und Inhalten zum Völkermord an den Uiguren)

15 Deshalb ist grundsätzlich von einer Einflussnahme der chinesischen Regierung auf die
16 Inhalte und Funktionsweise der Plattform TikTok hier in Europa auszugehen.

17 Unter diesem Gesichtspunkt fordern die Jungen Liberalen Berlin

18 Option 1:

19 einen Betreiberwechsel für den europäischen Raum, bei dem sicherzustellen ist, dass
20 keine chinesischen Interessen auf das Betreiberunternehmen Einfluss nehmen. Sollte
21 das nicht möglich sein, fordern wir in letzter Konsequenz das Verbot der App für den
22 europäischen Markt.

23 Option 2:

24 das vollständige Verbot der App für den europäischen Markt.

25 Darüber hinaus fordern wir die Behörden auf, bereits jetzt die europäischen
26 Datenschutzbestimmungen sowie die Einhaltung der Menschenrechtskonventionen bei
27 Onlinediensten wie TikTok in der Europäischen Union durchzusetzen.

28 Option:

29 Gerade wegen des großen Einflusses TikToks auf die politische Verortung junger
30 Menschen und dem dortigen großen Erfolg extremistischen Gedankenguts, ist unter
31 Abwägung aller moralischer und politischer Argumente, ein inhaltliches Wirken gegen
32 diese extremistischen Umtriebe wünschenswert. Deshalb sprechen sich die Jungen
33 Liberalen Berlin – bis es zu einem vollständigen Verbot der App TikTok gekommen ist –
34 **nicht** gegen die Nutzung der App “TikTok” durch den Bundesverband der Jungen
35 Liberalen, seiner Landesverbände oder anderer Untergliederungen aus.

36

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antragsteller: Moritz Wimmer, Maximilian Reiter, Leonard Höck, Max Lindemann, Alexander Kobuss, Carl Höregott, Laurent Putzier, Beatrice Höllen, Katharina Bischoff, Evelyn Shkolnikova

Antrag L01: Eine humanitäre und ehrliche Flüchtlingspolitik – Für ein Ende der Scheinheiligkeit

Antragsteller*in:	Landesvorstand Berlin
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	L - Leitantrag

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die Flüchtlingspolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte ist gescheitert. Die
2 Hilferufe der Kommunen dürften diese Erkenntnis in alle Bereiche der Gesellschaft und
3 Politik getragen haben. Es fehlt allerdings die politische Ambition, eine neue
4 Flüchtlingspolitik zu implementieren, die sowohl unserer humanitären Verantwortung
5 gerecht wird als auch Nachteile für unser Land minimiert. Diese gescheiterte Politik
6 hat zu drei großen Problemen geführt:

7 1. Deutschland wird seiner humanitären Verantwortung nicht gerecht. Die jetzige
8 Flüchtlingspolitik führt dazu, dass viele Menschen den gefährlichen Weg nach
9 Europa auf sich nehmen. Unzählige Menschen sterben, während kriminelle Schlepper
10 davon profitieren. Die Allerschwächsten wie allein reisende Frauen, Kinder,
11 Menschen mit Behinderung oder alte Menschen haben bestenfalls eine sehr geringe
12 Chance, sicher in Europa oder Deutschland anzukommen. Des Weiteren werden unsere
13 Ressourcen nicht sinnvoll allokiert. Die Kosten für die Flüchtlingsversorgung in
14 Deutschland sind weitaus höher als in Drittstaaten, in denen Flüchtlingslager
15 aber chronisch unterfinanziert sind.

16 2. Menschen, die unsere freiheitlichen Werte ablehnen, wurden zu zahlreich
17 aufgenommen. Umfragen belegen ein hohes Maß an Antisemitismus, Homophobie und
18 islamistischen Einstellungen in den häufigsten Herkunftsländern
19 Asylantragsstellender. Unsere humanitäre Verantwortung darf nicht dazu führen,
20 dass die Grundwerte und damit auch die Grundpfeiler unserer Gesellschaft von
21 Menschen, die diese ablehnen, torpediert werden oder gar die freiheitlich-
22 demokratische Grundordnung in Frage gestellt wird. Zugleich gefährdet die
23 Aufnahme von Menschen, die anti-westliche Werte teilen, das Versprechen an
24 individuell Verfolgte aus dem gleichen Kulturkreis, dauerhaft sicher in
25 Deutschland leben zu können.

26 3. Die große Anzahl an Flüchtlingen überfordert die Aufnahme- und
27 Integrationskapazität Deutschlands. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass diese
28 Kapazitäten der Kommunen endlich sind. Gemeinden sind dauerhaft überlastet.
29 Dadurch wird die Unterstützung für Deutschlands humanitäre Verantwortung in der
30 Bevölkerung untergraben. Zugleich fehlt es aufgrund der Überlastung an
31 Integrationsangeboten für Flüchtlinge.

32

33 **Paradigmenwechsel – humanitär und vernünftig**

34 Als JuLis Berlin wollen wir einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik, der
35 die genannten Probleme nicht verdrängt, sondern nachhaltig löst. Vorgeschlagene
36 Ansätze wie eine bessere Finanzierung der Gemeinden oder verstärkte Abschiebungen

37 sind schlicht nicht ausreichend. Das Ziel muss sein, unsere humanitäre Verantwortung
38 ernst zu nehmen, unsere demokratischen Werte zu schützen und die Aufnahmekapazität
39 vor Ort nicht zu überstrapazieren. Deshalb fordern wir:

- 40 • eine Rückkehr zu geregelten Einwanderungskanälen. Das Asylrecht soll wieder
41 spezifisch bei politisch verfolgten Menschen Anwendung finden. Es darf nicht
42 mehr als gewöhnliches Mittel zur Migration nach Deutschland missverstanden oder
43 gar zweckentfremdet werden. Stattdessen braucht Deutschland eine Lenkung und
44 Verstärkung von geregelter Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Humanitäre
45 Verpflichtungen und Einwanderungspolitik für den Arbeitsmarkt müssen jeweils als
46 eigene und separate Staatsaufgaben verstanden werden.
- 47 • die Einreise von Menschen ohne geregelten Status an den EU-Außengrenzen zu
48 unterbinden. Wir wollen den gefährlichen Wettlauf nach Europa beenden. Das wird
49 nur durch stark verstärkten Grenzschutz möglich sein. Alle Personen mit
50 unregelmäßigem Status sollen an der europäischen Außengrenze an der Einreise
51 gehindert werden. Deshalb müssen die Grenzanlagen an neuralgischen Stellen
52 massiv ausgebaut und Frontex spürbar verstärkt werden. Die geplante Vergrößerung
53 auf 10.000 Grenzbeamte ist nicht ausreichend. Das massive Missverhältnis
54 zwischen Frontex und den nationalen Behörden muss aufgelöst werden. Im
55 Mittelmeer sollen Flüchtlingsboote bestenfalls vor der afrikanischen Küste
56 gestoppt werden und die Menschen sicher an diese Küste zurückgebracht werden.
57 Falls das nicht möglich ist, sollen Migranten schnellstmöglich entweder in ihre
58 Heimatländer oder in Drittstaaten abgeschoben werden. Solange die Europäische
59 Union die Außengrenzen unzureichend schützt, muss Deutschland seine nationalen
60 Grenzen verstärkt kontrollieren.
- 61 • nur noch individuell Verfolgte und Flüchtlingskontingente aufzunehmen. Für uns
62 bedeutet eine gesicherte Grenze keine Abkehr von unserer humanitären
63 Verantwortung. Ganz im Gegenteil soll sie erlauben, Menschen nach Deutschland zu
64 bringen, die besonders gefährdet sind. Das sind zum einen individuell Verfolgte,
65 für die das Asylrecht eigentlich geschaffen wurde, aber beispielsweise auch
66 besonders gefährdete Menschen in Flüchtlingslagern. Politisches Asyl soll wie
67 bei der Visa-Regelung in deutschen Auslandsvertretungen beantragt werden. Nach
68 der Prüfung sollen die Flüchtlinge sicher nach Deutschland gebracht werden. Dies
69 führt zu einer nachhaltigen Verschärfung des Verfahrens und ermöglicht einen
70 geordneten Ablauf bei der Einreise nach Deutschland. Zugleich soll Deutschland
71 Kontingente von Flüchtlingen direkt aus Drittstaaten aufnehmen, beispielsweise
72 um Flüchtlingslager zu entlasten. Hierbei sollten besonders vulnerable Gruppen
73 bevorzugt behandelt werden.
- 74 • die Verbesserung der Verfahrensregelungen bei Asylanträgen vor den zuständigen
75 Behörden und dem Verwaltungsgericht. Deutschland ist ein Rechtsstaat und daraus
76 folgt, dass wir den Zugang zu rechtlichem Gehör für jedermann sicherstellen.
77 Dieses Recht kommt selbstverständlich auch Antragstellern auf Asyl zu. Für eine
78 schnelle Entscheidung ist es notwendig, dass wir die zuständigen Behörden,
79 insbesondere die Landesämter für Flüchtlingsangelegenheiten sowie das Bundesamt
80 für Migration und Flüchtlinge (BAMF), personell besser ausstatten. Für die
81 effizientere Ausfertigung von Schriftsätzen und um eine schnellere Kommunikation
82 mit Gericht und Kläger zu ermöglichen, sollen geeignete Legal-Tech-Anwendungen

- 83 in den Behörden breitflächig ausgerollt werden. Auch Richtern soll die
84 Möglichkeit eröffnet werden, im Rahmen ihrer unabhängigen Arbeit Tools zu
85 nutzen, um Ihre Arbeit effizienter zu machen. Gerade im Hinblick auf die
86 entscheidende Frage der Verfolgung von Minderheiten im entsprechenden
87 Herkunftsland sollte dem Gericht eine entsprechend funktionierende Ressource zur
88 Verfügung stehen. Im Übrigen sollten auch bei der praktischen Umsetzung der
89 anstehenden EU-Asylrechtsreform für effiziente Verfahren außerhalb der EU-
90 Grenzen entsprechend funktionale Bedingungen für Gerichte und Behörden
91 geschaffen werden. Darüber hinaus sollte das Vorverfahren im
92 Verwaltungsrechtsweg effizienter ausgestaltet werden. Zwischen Widerspruch der
93 Behörde und dem Beginn des Gerichtsprozess vor dem Verwaltungsgericht vergeht zu
94 viel Zeit. Außerdem sollte die Bundesregierung die Einführung eines
95 effizienteren und beschleunigten Verfahrens für jene Asylbewerber prüfen, die
96 aufgrund ihrer Aktenlage nur geringste Aussichten auf Erfolg haben.
- 97 • Flüchtlinge mit Bleibeperspektive unverzüglich in die deutsche Gesellschaft zu
98 integrieren. Insbesondere der Zugang zu Arbeit ist hier ein elementarer
99 Ankerpunkt. Die angedachte neue Flüchtlingspolitik führt dazu, dass Menschen,
100 die nach Deutschland kommen, sofort eine Perspektive haben, da ihr Status
101 bereits anerkannt ist. Um sich zu integrieren, müssen sie an verpflichtenden
102 Deutschkursen teilnehmen, zugleich können sie sofort Arbeit aufnehmen und müssen
103 ihre Abschiebung nur bei Kriminalität oder dauerhaftem Bezug von Sozialhilfe
104 fürchten.
 - 105 • weitere Abkommen mit EU-Nachbarstaaten zu schließen. Der EU-Türkei-Deal ist kein
106 Idealzustand, aber unverzichtbar für eine realistische Flüchtlingspolitik. Die
107 EU sollte ähnliche Abkommen mit weiteren EU Anrainerstaaten besonders in
108 Nordafrika anstreben. Ein stark verbesserter Grenzschutz und eine veränderte
109 Flüchtlingspolitik im Allgemeinen werden den Verhandlungsspielraum auf
110 europäischer Seite stärken. Damit sollen auch Erpressungsversuche, wie sie in
111 der Vergangenheit von der türkischen Regierung versucht wurden, unterbunden
112 werden. Im Zweifel muss auch die Streichung von Entwicklungshilfe in
113 Herkunftsstaaten, die die Kooperation bei Rückführungs- oder
114 Grenzsicherungsabkommen verweigern, in Betracht gezogen werden.
 - 115 • Unterstützung von Flüchtlingslagern in den Regionen der Herkunftsländer. Um
116 Deutschlands humanitärer Verantwortung gerecht zu werden und zugleich
117 Fluchtursachen zu bekämpfen, soll die Unterstützung von Flüchtlingslagern
118 deutlich erhöht werden. Die Ausgaben für Asylbewerber in Deutschland und für
119 Flüchtlingslager im Ausland stehen in einem starken Missverhältnis. Die
120 Verlagerung von Ressourcen, um Menschen in Flüchtlingslagern ein
121 menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, ist sowohl im Interesse Deutschlands als
122 auch im Interesse der Herkunftsländer.
 - 123 • einen Sozialstaat, der Arbeit nicht bestraft. Solange sich die von den Julis
124 angestrebte Reform des Bürgergeldes nicht materialisiert, muss eine alternative
125 Regelung für angenommene Asylbewerber gefunden werden. Eine Arbeit aufzunehmen
126 ist essentiell, um sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Die
127 momentane Ausgestaltung des Bürgergeldes ist ein Anreiz besonders für Menschen
128 mit geringer Qualifikation, beispielsweise aufgrund einer sprachlichen Barriere,

129 nicht zu arbeiten.

- 130 • eine zeitliche Frist zur Aufnahme der Erwerbstätigkeit. Wenn nach spätestens
131 zwei Jahren kein Arbeitsangebot angenommen wurde, müssen Leistungskürzungen
132 unter Wahrung des durch die Menschenwürde garantierten Existenzminimums
133 vorgenommen werden können. Ausgenommen sind Individuen, denen aufgrund von
134 Krankheit oder Alter die Aufnahme einer Berufstätigkeit nicht zugemutet werden
135 kann. Im Gegenzug muss der deutsche Staat Schutzberechtigten durch Sprachkurse
136 und wenig Bürokratie so viele Chancen wie möglich eröffnen. Dazu zählt ebenfalls
137 die zügige Prüfung von Abschlusszeugnissen und Arbeitsnachweisen.
- 138 • einen reformierten Familiennachzug zu erhalten. Aufgrund der fast schon
139 dauerhaften Überforderung der Aufnahmekapazitäten wird der Familiennachzug
140 infrage gestellt. Im Rahmen der Kontingente sollte der Familiennachzug als
141 wichtige humanitäre Leistung erhalten bleiben. Zugleich sollte die Pflicht,
142 Arbeit zu suchen, auch für den Ehepartner gelten, sofern dieser nicht in
143 Vollzeit der Kinderbetreuung nachgeht. Es sollen Anreize geschaffen werden, um
144 Frauen den Weg in die finanzielle Unabhängigkeit durch Arbeiten außerhalb des
145 Haushalts zu erleichtern.

146

147 **Berlin als Vorreiter – Integration und Realismus**

148 Solange der Paradigmenwechsel auf Bundes- und europäischer Ebene ausbleibt, muss das
149 Land Berlin vorausgehen und seine Flüchtlingspolitik anpassen. Das Land darf
150 Rückführungen nicht länger verhindern, sondern muss sie aktiv unterstützen, zugleich
151 muss Integration die absolute Priorität werden. Daher fordern wir:

- 152 • die Bezahlkarte nicht zu torpedieren. Die Einführung der Bezahlkarte auf
153 Bundesebene ist in der jetzigen Situation ein richtiger Schritt. Sie soll die
154 Anreize für Einwanderung in das Sozialsystem abbauen. Die Abhebung von Bargeld
155 darf nur noch im begrenzten alltagsrelevanten Maße erlaubt werden.
- 156 • Verpflichtende Sprachkurse einzuführen. Die Wartezeiten für Sprachkurse müssen
157 abgebaut und die Kapazitäten hierfür deutlich ausgebaut werden. Zugleich muss es
158 leichter möglich sein, parallel zu arbeiten und an einem Sprachkurs
159 teilzunehmen. Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die ein Sprachniveau der
160 deutschen Sprache mindestens auf dem Niveau B1 (fortgeschrittene
161 Sprachverwendung) nicht nachweisen können, sollen verpflichtet werden,
162 unverzüglich einen Sprachkurs wahrzunehmen, mit dem Ziel, schnellstmöglich
163 mindestens das Niveau A2 zu erreichen. Die Kosten für Sprachkurse bis B1 sollen
164 komplett vom Land Berlin übernommen werden. Weiterführende Sprachkurse sollen
165 teilweise gefördert werden. Die Nichtteilnahme an einem verpflichtenden
166 Sprachkurs muss zu Leistungskürzungen führen.
- 167 • Abschiebungen umzusetzen. Das Land Berlin soll auf eine Erweiterung des vom Bund
168 und vom Land Brandenburg geplanten Ein- und Ausreisezentrum am Flughafen BER
169 hinwirken und sich ggf. mit eigenen Mitteln beteiligen. Ziel muss es sein, die
170 Kapazitäten für die Rückführungshaft zu erweitern und Verfahren bei strenger
171 Wahrung von Grund- und Menschenrechten zu beschleunigen. Der Berliner
172 Rückführungsstopp im Winter soll mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden. Die
173 Prüfung individueller Gründe für das Aussetzen von Rückführungen ist davon nicht

- 174 betroffen. Mit der Entscheidung über das Versagen eines Aufenthaltstitels
175 innerhalb des Gebiets der Bundesrepublik Deutschland ist unverzüglich die
176 Unterbringung der betroffenen Personen in einem Rückführungszentrum anzuordnen.
- 177 • Schulen bei der Integration stärker zu unterstützen. Das Land Berlin soll ein
178 Programm auflegen, das Schulen in besonders integrationsintensiven Stadtteilen
179 ein extra Budget zuteilt, welches für zusätzliche Integrationsleistungen
180 (materiell sowie personell) genutzt wird. Diese Schulen sollen mit
181 verpflichtenden Ganztagsangeboten ausgestattet werden, um den Schülerinnen und
182 Schülern noch besser unsere Werte und Wissens-Grundlagen vermitteln zu können.
 - 183 • die Aufnahme von Asylbewerbern an den verfügbaren Kapazitäten in den jeweiligen
184 Bezirken zu orientieren. Die Bildung von Parallelgesellschaften sowie die
185 Unterbringung in improvisierten Erstaufnahmeeinrichtungen in Turnhallen o. Ä.
186 (wie in der Vergangenheit) müssen vermieden werden.
 - 187 • die verstärkte Unterstützung von den beteiligten Verwaltungsgerichten und
188 Verwaltungsbehörden. Wir können keine schnellen Verfahren erwarten, wenn der
189 Berliner Senat im Hinblick auf die Ausstattung der staatlichen Organe seine
190 Verantwortung verweigert. Weder wurden Stellen in der Berliner Justiz
191 attraktiver gemacht noch sind die Jobaussichten im Landesamt für
192 Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) und im Landesamt für Einwanderung (LAE) auch
193 nur ansatzweise in einem Zustand, dass motivierter Nachwuchs hier freiwillig
194 Bewerbungsunterlagen einreichen würde. Hier muss auch ein echtes Klima der
195 Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft einkehren.
 - 196 • eine Strategie zur Job- bzw. Ausbildungsvermittlung zu entwickeln. Das Land
197 Berlin soll Asylbewerber aktiv unterstützen, einen Job zu finden. Ein
198 tagesaktuelles Stellenportal soll eingerichtet werden, wonach berlinweit
199 festgestellt werden kann, wie viele Stellen im Berufszweig fehlen. Bei nicht
200 vorhandenem Arbeitsnachweis etc. sollen Geflüchtete die Möglichkeit erhalten,
201 aus den Berufen zu wählen, die am meisten benötigt werden. Geflüchteten soll die
202 Möglichkeit gegeben werden, möglichst schnell eine qualifizierte Ausbildung
203 abschließen zu können und auf eigenen Beinen stehen zu können. Weiterhin soll es
204 Geflüchteten auch als erste Anlaufstelle für wenig qualifizierte Jobs helfen, um
205 ein Abdriften in die Illegalität zu verhindern. Selbstverständlich stehen die
206 jeweiligen Zentren vor Ort für Vermittlung zur Verfügung.